Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Julihälfte 15 000.— Mk. Einzelverkaufspr. 1200 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 2200.— Mark, auswärtige 2500.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 1800 Mk., für Reklamen 9000.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 166. Donnerstag, 19. Juli 1923. 30. Jahrgang.

Ehrhardts Helfer.

Leipzig, 18. Juli.

Die Nachforschungen nach den Helfershelfern Ehrhardts haben, wie die Polizei mitteilt, folgendes ergeben:

Der Führer des zur Flucht benutzten Kraftwagens ist der Kaufmann Fritz Hermann Goetz, geb. 8. Mai 1899 in Plauen im Vogtlande, zuletzt in Leipzig-Stötteritz wohnhaft.

Als weiterer Helfershelfer kommt der Student Hermann Massow von Prince, geb. 5. Juni 1900 in Berlin, in Betracht.

Massow von Prince muß sich schon lange Zeit vor der Flucht Ehrhardts in Leipzig aufgehalten haben, ohne polizeilich angemeldet gewesen zu sein. Er muß in Wohnungen seiner Gesinnungsgenossen gewohnt haben. Im Gegensatz zu Goetz, der nach der Flucht Ehrhardts in Leipzig nicht mehr gesehen worden ist, wurde Massow von Prince noch zwei Tage nachher, am 15. Juli, hier gesehen.

Beide sind der Polizei nicht unbekannt.

Goetz gehörte der deutschnationalen Volkspartei und dem deutschen Herold an, auch war er Mitglied der Orgesch in München.

Massow von Prince, der zur Zeit des Erzbergermordes bei der Organisation Consul in München arbeitete, verlegte nach dem Attentat seinen Wohnsitz nach Hamburg. Er saß dort wegen Geheimbündelei und eines Sprengstoffattentates auf eine sozialdemokratische Zeitung in Untersuchungshaft.

Wie festgestellt worden ist, hat Goetz bei der Flucht Ehrhardts im Auto zwei Koffer mit Schußwaffen mitgenommen.

Am Dienstag wurden in Leipzig eine weitere Reihe von Personen festgenommen, die im Verdachte stehen, die Flucht begünstigt zu haben.

*

Aus den Feststellungen der Polizei ergibt sich also, daß auch diesmal wieder jene Kreise für jene durch die Flucht Ehrhardts hervorgerufenen innerpolitische Beunruhigung sorgten, die sonst vor „Nationalgefühl" nicht aus noch ein wissen. Das Bedauerliche aber ist, daß gerade die gegenwärtige Reichsregierung mit diesen Kreisen engste Fühlung hat und auf ihre Ratschläge vieles gibt. Sicherlich hat auch das den Mut derjenigen gestärkt, die von Leipzig aus nicht nur die Flucht Ehrhardts direkt unterstützten, sondern auch vorbereiteten. Es ist festgestellt, daß der Kreis der Mitwisser an der Flucht größer ist als bisher angenommen wurde und das bestimmte Berliner Kreise ihre Hände im Spiel haben. Inzwischen sind bereits weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Die Hauptbeteiligten sind noch in Freiheit.

Die neuesten Ermittlungen der Polizei über die Helfershelfer machen es der Reichsregierung zur nationalen Pflicht, jetzt endlich öffentlich von den Kreisen abzurücken, denen sie bisher beistand. Herr Cuno hätte dazu leicht Gelegenheit durch die Beantwortung der von den deutschvölkischen Abgeordneten Wulle und Graefe an ihn gerichteten Briefe. Diese Briefe sprechen von einer solchen Unverschämtheit und von einem Maß von Verleumdung gegenüber dem preußischen Innenminister, daß jeder anständige Mensch eine Antwort des Reichskanzlers vor der Oeffentlichkeit schon aus Gründen der Rechtfertigung Severings für selbstverständlich halten müßte. Statt dessen schweigt Herr Cuno und erweckt den Anschein, daß er das landesverräterische Treiben unserer „nationalen Kreise" deckt. Damit kommt zu seinem Bankrott auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet auch noch ein Bankrott in moralischer Beziehung.

Wirtschaftliche Verständigung?

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Der englische Antwortentwurf auf das letzte deutsche Angebot ist inzwischen fertiggestellt worden und hat am Mittwoch das Londoner Kabinett beschäftigt. Noch im Verlaufe dieser Woche soll er den Regierungen der Ententestaaten zur Stellungnahme übergeben werden. Italien dürfte dem Entwurf im wesentlichen seine Zustimmung geben, nachdem Mussolini erklärt hat, daß er mit den Grundzügen der englischen Politik einverstanden ist. Auch Belgien scheint keine Neigung zu besitzen, den Entwurf abzulehnen. Die von seiner Regierung gegenwärtig eingenommene Haltung spricht für das Bestreben, eine Einigung innerhalb der Entente über die schwebenden Probleme zu erzielen und dadurch eine gemeinsame Antwort auf das Angebot der Reichsregierung vom 7. Juli zu ermöglichen. Ob die französische Regierung sich durch den gegen sie stehenden und andersdenkenden Block der Verbündeten eines andern belehren lassen wird, und die sich jetzt häufenden Stimmen über einen Umschwung der amtlichen Meinung berechtigt sind, dürfte sich bald zeigen. Tatsächlich ist nicht abzustreiten, daß die lange Dauer der Ruhrokkupation auch auf die französischen Wirtschaftskreise drückend gewirkt hat und sie zu einer ehrlichen Verständigung viel mehr bereit sind als die Kreise, die ausschließlich von politischen Gesichtspunkten ausgehen.

Schon vor wenigen Tagen haben wir darauf verwiesen, daß auch der offiziöse Pariser „Temps" sich im Vergleich zu den Monaten vor und im allgemeinen auch nach dem Ruhreinbruch plötzlich seit Anfang Juli einer anderen Haltung befleißigt. Im Gegensatz zu früher stellt er die Erörterung der wirtschaftlichen Probleme mehr und mehr in den Vordergrund, während auf die Besprechungen der ungelösten politischen Fragen im allgemeinen Verzicht geleistet wird. In einem Artikel: „Verständigungsmöglichkeiten oder Ausreden?" haben wir uns mit dem „Temps" bereits beschäftigt und darauf verwiesen, daß sich die in letzter Zeit von ihm veröffentlichten Gedankengänge unserer Auffassung nähern und zum Teil von der Sozialdemokratie seit Monaten vertreten werden. In früheren Tagen haben wir – das gleiche tat die Regierung Wirth-Rathenau – immer wieder darauf verwiesen, daß sich eine Befriedigung Europas nur erreichen läßt, wenn die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Wiederaufbaues auf die wirtschaftlich gesundete Weise, und zwar durch internationale Anleihen, weitgehend durchgeführt werden. Im Zusammenhang damit ist weiter betont worden, daß die Vorbedingung größerer Auslandszahlungen auf längere Sicht der freie Wettbewerb Deutschlands auf den Märkten der Welt und insbesondere auch auf den Märkten der Entente sein muß.

Das offiziöse Pariser Blatt hat inzwischen auf unseren Artikel reagiert ohne, wie wir es aus früheren Zeiten gewohnt sind plötzlich das, was gestern angebetet wurde, 24 Stunden später wieder aufzugeben. Im Gegensatz zu unserem ersten Verständigungsversuch über den Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit, der anfänglich in Paris wenigstens äußerlich auf Gegenliebe stieß, später aber schroff verworfen wurde, begrüßt der „Temps" jetzt, daß wir uns der von ihm vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Art angeschlossen haben und bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die praktischen Studien über die von ihm erörterte und von uns als Ausgangspunkt für eine Diskussion bezeichneten Gedankengänge fortgesetzt werden, weil sie die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern und gleichzeitig dazu beitragen könnten, daß auch die Verbündeten sich besser verstehen.

Nichts ist uns angenehmer als für eine Verständigung, die beiden Teilen einen ehrlichen Ausgang aus dem Konflikt sichert, zu arbeiten, weil wir der Auffassung sind, daß Deutschland nur so zur inneren Ruhe kommen wird und dadurch auch die innerpolitischen Gefahren für die Republik behoben werden. Bei jeder Gelegenheit haben wir die Auffassung vertreten, daß es besser ist, einer Kapitulation die ehrliche Verständigung vorzuziehen und wir glauben, daß diese Erkenntnis auch denjenigen gemein ist, die im Ruhrgebiet die Maßnahmen der Besatzungsmächte am eigenen Leibe ertragen müssen. Deshalb sind wir auch bereit, jede Diskussion über eine Verständigungsmöglichkeit, soweit sie sichtbar vom Ernste getragen und in sachlichen Formen gehalten ist, fortzusetzen, um so mehr als wir selbst bei einem negativen Ausgang, der nicht durch uns verschuldet werden soll, nichts verlieren.

Für heute einige Fragen an den „Temps" zu der von ihm gewünschten Fortsetzung der „praktischen Studien" über seine bisher äußerlichen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Verständigung: **Wie denkt man sich in Paris die Privatisierung der Schuld durch marktfähige Papiere verschiedener Art? Welcher Auffassung ist man über die Bedingungen und wie denkt man sich die Unterbringung an den verschiedenen Märkten der Welt? Ferner in welchem Zeitraum und unter welchen Bedingungen sollen solche Emissionen herausgegeben werden? Mit Recht betont der „Temps", daß das Maß der deutschen Zahlungsfähigkeit mit der Absatzfähigkeit auf den Märkten der Welt nicht nur parallel geht, sondern vielmehr mit ihr identisch ist. Welche Erleichterungen von den übermäßig schweren Bedingungen des Versailler Vertrages und den darüber hinaus errichteten Zollmauern, sowie der sonstigen Absatzbedingungen will man in Konsequenz der**

Die englische Antwort fertig!

Englands Auffassung über den passiven Widerstand

London, 18. Juli.

Den Blättern zufolge wird der gestern von Lord Curzon fertiggestellte Entwurf der Antwortnote an Deutschland heute vom Kabinett geprüft werden. Ueber die Frage, ob die Prüfung durch das Kabinett schon heute werde beendet werden können, ist man geteilter Ansicht.

Der parlamentarische Berichterstatter der „Times" schreibt, der Entwurf werde in England wohl nicht veröffentlicht werden, bevor er von den Alliierten erwogen worden sei.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" begrüßt die seit 24 Stunden eingetretene

Aenderung in der Haltung der französischen Regierung,

gleichviel ob sie rein taktischer Natur oder als Zeichen großen Entgegenkommens zu deuten sei. In der Frage der Zusammensetzung der Körperschaft zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit werde es kein starkes Festhalten an bestimmten Doktrinen geben. In der Frage der Regelung der Reparationen würden die Schwierigkeiten nicht unüberbrückbar sein. Das würde aber nicht bedeuten, daß ein Staatsmann wie Baldwin, der das Schuldenfundierungsabkommen mit Amerika abgeschlossen habe, die Verpflichtungen der Alliierten Englands als etwas nebensächliches behandle und eine Verminderung der deutschen Aktiven seit Januar, wo der Vorschlag auf Erlaß von 70 Proz. der alliierten Schulden gemacht wurde, unberücksichtigt lasse. Der Berichterstatter kommt dann auf die Frage des passiven Widerstandes zu sprechen und schreibt, es sei nicht gleichgültig, ob Baldwin den passiven Widerstand rein moralisch verurteile (?) oder ob er dessen beklagenswerte Folgen bedauere, und Berlin zur Einstellung des Widerstandes aus Zweckmäßigkeitsgründen auffordere.

Der politische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt, es frage sich, wie die Alliierten

folgende Formel

aufnehmen würden, die ihnen gestern unterbreitet worden sei: 1. Die französisch-belgische Besatzung des Ruhrgebiets würde sofort bei Aufhören des passiven Widerstandes durch Deutschland „unsichtbar" gemacht werden. 2. Die Zurückziehung der Truppen würde durchgeführt werden, sobald Deutschland die ersten von der vorgesehenen Sachverständigenkommission bestimmten Jahresleistungen erfüllt habe.

*

London, 18. Juli.

Der für heute angesetzte englische Kabinettsrat, der den englischen Antwortentwurf auf die deutsche Note prüfen sollte, wurde auf morgen vertagt, weil einige Minister mehr Zeit zum Studium des Schriftstückes verlangt haben. Man hofft nun, daß das Kabinett den Entwurf morgen in seiner endgültigen Form billigen wird, sodaß er am Freitag früh an die Verbündeten und die Vereinigten Staaten weitergeleitet werden kann. Dem Vernehmen nach beantwortet die von Curzon entworfene Note die deutsche Note Punkt für Punkt, erwähnt aber den passiven Widerstand nicht, während der Begleitbrief, der allen Verbündeten und den Vereinigten Staaten, nicht aber Deutschland zugeht, die britische Auffassung über den passiven Widerstand auseinandersetzt. Die britische Regierung betrachtet darnach die Ruhraktion als ungesetzlich und meint daher ein Aufgeben des passiven Widerstandes sei von Deutschland nicht zu erwarten, falls dieses nicht Sicherheiten für das Aufhören der Besetzung erhält. Der Begleitbrief enthält auch ausführliche Angaben der Gründe, aus denen England die deutsche Note als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage hält.

Eine Falschmeldung.

Französische Gewalttat.

Französische und franzosenfreundliche englische Blätter veröffentlichen die Nachricht, daß die Essener Polizei 5 Deutsche an die Franzosen ausgeliefert habe, die sie beim Durchschneiden französischer Fernsprechleitungen abgefaßt hatte. Da vorauszusehen ist, daß die deutsche Rechtspresse diese Meldung wieder mal zu einer neuen Hetze gegen das preußische Ministerium des Innern benutzen wird, stellen wir fest, daß die Meldung in dieser Form nicht stimmt. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, hat die Essener Polizei allerdings 5 Deutsche in Untersuchungshaft genommen. **Die Franzosen drangen mit Gewalt in das Gefängnisgebäude ein, zertrümmerten die Schlösser und nahmen die Untersuchungsgefangenen mit.**

Der neue Kohlenpreis.

Im Anschluß an die neue Lohnregelung im Bergbau haben Reichskohlenverband und Großer Ausschuß des Reichskohlenrats neue Kohlenpreise festgesetzt. Dem Antrag der Syndikate, die Preiserhöhungen der Lohnerhöhung prozentual anzupassen, wurde nicht stattgegeben. Für die laufende Woche wurde eine Erhöhung von 32 Proz. und für den Rest des Monats von 82 Proz. beschlossen. Indoch wird für die ganze Zeit vom 17. bis 31. Juli ein einheitlicher Mischpreis festgesetzt, der für alle Reviere eine Preiserhöhung um 63 Proz. ausmacht. Der Beitrag für die Bergarbeiterheimstätten wurde von 6750 auf 11 250 Mk. pro Tonne erhöht. Die neuen Brennstoffverkaufspreise stellen sich demnach für rheinisch-westfälische Fettförderkohle auf 1 361 000 Mark, für mitteldeutsche und ostelbische Rohkohle auf 213 000 Mk., für mitteldeutsche Rohkohle auf 225 000 Mk. pro Tonne.

Der rheinisch-westfälische Kohlenpreis ist damit auf dem 116 000fachen Vorkriegspreis angelangt. Wäre der Dollar im gleichen Verhältnis gestiegen, so müßte er rund 450 000 Mk. kosten. Es liegt also offenkundig eine Ueberteuerung der Kohle vor, der sich mit dem Steigen der Bergarbeiterlöhne nicht erklären läßt, da diese ja noch hinter dem Dollarstand weit zurückbleiben. Das Reichswirtschaftsministerium kündigt an, daß es die Grundlagen seiner Haltung zu der Preispolitik demnächst veröffentlichen wird. Wie das Ergebnis sein mag, fest steht, daß die Arbeiterschaft die unhaltbaren Folgen einer so scharfen Heraufsetzung der Kohlenpreise nicht wird ertragen können, wenn nicht die allgemeine Einführung wertbeständiger Löhne für die Anpassung an die Teuerung ermöglicht, die bald auf andere Gebiete des Warenmarktes übergreifen muß.

Auffassung des „Temps“ zugestehen? Ist man bereit, vor allem jene Beschlüsse der Genueser Konferenz über die gegenseitigen Handelserleichterungen durchzuführen? Welche ernsthafte Abkommen über wirtschaftlich aufeinander angewiesene Teile der Wirtschaft Frankreichs und Deutschlands können mit Erfolg erörtert werden?

Im Zusammenhang hiermit bedarf aber auch eine der wichtigsten Fragen, die Besetzung des Ruhrgebietes, der Erörterung. Wie soll Deutschland Zahlungen leisten, selbst bei allen Erleichterungen, wenn sein wichtigstes Wirtschaftsgebiet — und das ist einmal die Ruhr — wirtschaftlich gelähmt und vom Reiche abgeschnitten ist? Nur wenn in dem Rahmen der wirtschaftlichen Verständigung auch die Frage der Besetzung des Ruhrgebietes eine ehrliche Regelung findet, wird Deutschland zahlen können. — Nur dann wird in Europa langsam eine Beruhigung wiederkehren.

Der deutsche Außenhandel im April und Mai.

Das durch den Ruhreinbruch geschaffene trübe Bild der Wirtschaftslage Deutschlands, aber auch die Behinderung und teilweise Unterbindung des europäischen und des Welthandels geht mit aller Deutlichkeit aus den vorliegenden Zahlen über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels in den Monaten April und Mai des Jahres 1923 hervor. Des Ruhreinbruchs wegen sind diese Zahlen nur vorläufige. Sie können aber nur eine Ergänzung nach der ungünstigen Seite hin erfahren. Auf das Konto des Ruhreinbruchs geht vor allen Dingen die starke Steigerung der deutschen Einfuhr, während die deutsche Ausfuhr durchweg zurückging. Die Gesamteinfuhr im Monatsdurchschnitt 1922 betrug 38 229 760 dz, während allein im Monat April 1923 63 961 120 dz und im Mai 40 131 010 dz eingeführt wurden. Gegenüber 1922 ergibt sich in den ersten fünf Monaten des Jahres 1923 ein Einfuhrüberschuß von 74 081 740 dz; dagegen betrug die Ausfuhr im Monat April 10 287 590 dz, im Mai 9 298 770 dz, während der Monatsdurchschnitt 1922: 17 963 560 dz betrug. Es ergibt sich in den ersten fünf Monaten des Jahres 1923 also ein Ausfuhrausfall von 36 795 900 dz. Die Einfuhr umfaßt Lebensmittel und Getränke für den Monat April mit 33 086 700 dz und für den Monat Mai mit 26 686 200 dz. Der Monatsdurchschnitt 1922 betrug 4 227 960 dz. An Kartoffeln wurden eingeführt im April 3650 dz, im Mai 19 310 dz, während die monatliche Einfuhr 1922 insgesamt 139 670 dz betrug. Dagegen belief sich die Einfuhr von Kaffee im April auf 13 410 dz und im Mai 69 180 dz; die Einfuhr von Kakao im April auf 25 090 dz und im Mai 51 020 dz. Es ist also gerade im Monat Mai eine starke Kauftätigkeit für ausländische Genußmittel festzustellen, die aus volkswirtschaftlichen Gründen einfach unbegreiflich ist. Im Monatsdurchschnitt 1922 wurden eingeführt an Kaffee 30 680 dz, an Tee 23 400 dz und an Kakao 70 150 dz. Stark beteiligt an der Einfuhr sind selbstverständlich Steinkohle, Braunkohle und Koks. Während Deutschland im Monatsdurchschnitt 1922 insgesamt 10 498 660 dz einführte, führte es im April 45 261 070 dz und im Mai 24 956 490 dz ein. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1922 also allein 137 113 730 dz. An Braunkohle führte die deutsche Volkswirtschaft ein im Monatsdurchschnitt des gleichen Jahres 1 679 710 dz; im April aber 2 399 970 dz, im Monat Mai 830 310 dz. Für Koks sind dieselben Zahlen für den Monat April 1 323 700 dz und für den Monat Mai 956 990 dz, während der Monatsdurchschnitt 1922 nur 240 640 dz betrug. An Eisenerzen wurden eingeführt im April 1 234 180 dz, im Mai 809 370 dz, während die Einfuhr im Monatsdurchschnitt 1922 9 178 110 dz betrug. An Eisenhalbzeug mußte im Gegensatz zu den 271 010 dz im Monatsdurchschnitt 1922 eingeführt werden im April 197 440 dz und im Mai 260 810 dz. Dagegen konnten nur ausgeführt werden im Mai 100 770 dz und im April 158 300 dz. Im ganzen konnten an Fertigfabrikaten im April 1923 noch ausgeführt werden 3 286 530 dz, im Mai 3 082 780 dz. Die Ausfuhr an Fertigfabrikaten betrug in den ersten fünf Monaten des Jahres 1923 18 470 560 dz, während der Monatsdurchschnitt sich auf 4 863 460 dz belief.

Die Richtlinien für die Erhaltung des Lohnwertes.

Berlin, 19. Juli.

Die Beratungen, die im Reichsfinanzministerium über die Frage, wie die Erhaltung des Lohnwertes unter Vermeidung einer automatischen Regelung erzielt werden kann, mit einem von den Spitzengewerkschaften gebildeten Ausschuß stattgefunden haben, sind gestern abend abgeschlossen worden. Die festgesetzten Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

1. Der Ausschuß soll die Löhne der Arbeiter wöchentlich zur Erhaltung ihres Wertes dem veränderten Geldwert anpassen. Bei geringer Veränderung des Geldwertes seit der letzten Regelung kann von einer sofortigen Anpassung abgesehen werden.

2. Ueber die Höhe des Reallohnes zu verhandeln, ist nicht Aufgabe des Ausschusses, sondern der Vertragsparteien selbst. Für die Zeiträume, für die eine Anpassung bereits erfolgt ist, findet keine rückwirkende Aenderung der Reallöhne statt.

3. Die Anpassung erstreckt sich gleichmäßig auf den Leistungslohn wie auf den Soziallohn.

4. Dieses Abkommen kann unter Wahrung einer Frist von vierzehn Tagen zum 15. oder letzten jeden Monats gekündigt werden. Wird der Reallohn neu vereinbart, so kann jede Seite das Uebereinkommen fristlos kündigen. Nach einer Erklärung der Regierung ist beabsichtigt, die Bezüge der Beamten und Angestellten halbmonatlich nach entsprechenden Grundsätzen zu regeln.

*

SPD. Amtlich wird uns mitgeteilt: In seiner Schlußsitzung am 7. Juli hat sich der Reichsrat mit der Frage der Wertbeständigkeit der Löhne beschäftigt. Dabei bezeichnete Reichsarbeitsminister Brauns die energische Förderung dieser Angelegenheit als eine der wichtigsten Aufgaben seines Ministeriums. Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr eingehende Richtlinien über die Möglichkeiten der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeitseinkommen ausgearbeitet, die auf Verhandlungen mit den Spitzenverbänden und der einstimmigen Entschließung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beruhen. Die Richtlinien sind am Mittwoch den Schlichtungsstellen und Demobilmachungsbehörden zugegangen und sollen ihnen bei den immer häufiger werdenden Verhandlungen über wertbeständige Löhne einen Anhalt geben.

*

Im Laufe dieser Woche wird sich die Verhandlungskommission, die erst in diesen Tagen die Bergarbeiterlöhne festsetzte, auch mit der Frage der Wertbeständigkeit des Lohnes im Bergbau beschäftigen. Zunächst handelt es sich darum, noch einen Wiederbeschaffungszuschlag (für Kleidung u. dergl.) in den bekannten Kombinationen jeder einzelnen Angedem soll die Einrechnung eines Teuerungszuschlages erfolgen. Ferner wird im Zusammenhang mit der in Bergbau üblichen Wochen- und Dekadenlöhnung ein Ausgleich gesucht werden müssen, da bei dem Indexlohn die in Dekaden entlohnten Bergleute sonst stark benachteiligt werden könnten. Eine derartige Regelung ist auch für die Preisfrage von Wichtigkeit, weil nach Möglichkeit sich schneidende Preise vermieden werden sollen. Ein neuer Grundlohn soll bis zum 1. August aufgestellt werden; er wird mit dem Wertbeständigkeitsfaktor einen neuen festen Bergarbeiterlohn bilden.

Metallarbeiterstreik in Schlesien.

SPD. Breslau, 17. Juli. (Eig. Drahtb.)

Die Metallarbeiter sämtlicher Betriebe des Verbandes schlesischer Metallindustrieller haben in einer Urabstimmung mit Dreiviertelmehrheit die Ablehnung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses und die Erklärung des Streiks beschlossen. Seit Dienstag morgen sind sämtliche Betriebe des Verbandes schlesischer Metallindustrieller stillgelegt. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses hatte zwar den Grundsatz der allwöchentlichen Anpassung der Löhne an die Lebenshaltung (Errechnung des Breslauer Lohnamtes) angenommen, aber eine zu niedrige Standardziffer als Grundlage festgelegt.

Devisenmangel für die Lebensmittelversorgung.

Die knappe Zuteilung der wichtigsten Devisen, die die Reichsbank seit Wochen vorzunehmen gezwungen ist, hat sich bereits auf die Lebensmittelversorgung ausgewirkt. Es ist der skandalöse Zustand eingetreten, daß der deutsche Importeur, im Gegensatz zu den Exporteuren, die in vielen Fällen in echt patriotischer Weise auf ihren Devisen sitzen bleiben, nicht über genügend ausländische Zahlungsmittel verfügt, um den notwendigsten Bedarf an Importware zu bezahlen zu können. Die Folge ist eine Verminderung der Importgüter und ein Anziehen der Preise für Importartikel. Besonders unangenehm macht sich der Mangel an Devisen im altbesetzten Rheinland und im Ruhrbezirk bemerkbar, wo die Lebensmittelecke im allgemeinen durch die Repressalien sehr knapp geworden ist, und wo man infolge des Devisenmangels Fette, Kartoffeln, Gemüse usw. aus Holland und Italien nicht annähernd in dem Maße einführen kann, wie der Bedarf es verlangt.

Wie wir erfahren, haben in Berlin zwischen den in Frage kommenden Regierungsstellen und den Händler- und Verbraucherorganisationen bereits entsprechende Verhandlungen stattgefunden. Es wurde eine grundsätzliche Einigung dahin erzielt, daß der für die Volksernährung wichtigste Devisenbedarf an einer Berliner Stelle einheitlich zusammengefaßt und bevorzugt behandelt werden soll. Auf die westdeutschen Importeure soll besondere Rücksicht genommen werden. Ueber die Einzelheiten wird noch im Reichsernährungsministerium verhandelt.

Ab 1. August neuer Eisenbahntarif.

Am Mittwoch genehmigte der Reichseisenbahnrat die neuen von der Reichsbahnverwaltung für den 1. August in Aussicht genommenen Tarifsätze. Danach erfährt im Personenverkehr der Kilometerpreis in der 1. und 2. Klasse eine Erhöhung von 300 %, in der 3. und 4. Klasse um 250 %. Für den Kilometer ergeben sich also aus dieser Erhöhung ab 1. August folgende Einheitssätze: in der 1. Klasse 3200 Mk., in der 2. Klasse 1600 Mk., in der 3. Klasse 525 Mk. und in der 4. Klasse 350 Mk. Die Gütertarife erfahren eine Erhöhung um 150 v. H. Die jetzt beschlossenen Erhöhungen gehen noch über die am 1. Juli eingeführten hinaus und zwar, weil die Reichsbahn diesmal zum ersten Male die ihr erwachsenden Ruhrschäden einkalkuliert hat und zwar in der 1. und 2. Klasse mit 100 %, in der 3. und 4. Klasse mit 50 % und bei den Gütertarifen mit 25 %.

Die älteste Kultur der Welt.

Verheerend wirkt anscheinend die Hitze auf einen Teil der deutschnationalen Gemüter. Eines der schwersten Opfer scheint die deutschnationale Abgeordnete und Schriftstellerin Dr. Kähte Schirrmacher zu sein. Sie gibt in diesen Hundstagen eine „nationale“ Schrift heraus „Unsere Ostmark“, in der sie „das unverjährbare Eigentumsrecht des deutschen Volkes auf all die Gebiete nachweist, die wir an die Polen und an die Alliierten verloren haben“. Zu diesem Zweck wird von ihr nachgewiesen, daß Deutsche schon in vorgeschichtlicher Zeit jene Gegenden besiedelt haben“, und außerdem „erhärtet“ sie, daß die deutsche Kultur auf der Welt älter sei, als alle anderen Kulturen.“ Das ist selbst dem „Berliner Lokalanzeiger“ etwas zu starker Tobak; er bezeichnet diese „wissenschaftlichen“ Forschungen als „Hypothesen, die nicht einmal sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich haben“ und die „bei den Gegnern Deutschlands mehr schaden als nützen“. Auch wir sind der Auffassung, daß durch solche wahrheitswidrigen Gefühlsduseleien der deutschen Sache in der Welt viel mehr Schaden als Nutzen erwächst. Aber das haben Nationalisten und Völkische noch nie begriffen.

Der mutige deutschnationale Professor.

Ein kleiner Sohn eines großen Vaters.

Aus Köln wird uns geschrieben: Seit dem Herbst 1920 zählt die Kölner Universität Herrn Martin Spahn, den Sohn des alten Zentrumsparlamentariers, zu ihren Hochschullehrern. Sie erlebt jedoch wenig Freude an dem einstigen Protege Wilhelms, der im November 1918, in den Tagen des Zusammenbruchs, die Stätte seiner früheren Wirksamkeit, Straßburg, fluchtartig verließ und schnell Anschluß an die Deutschnationalen fand. Im Herbst 1922 ließ er auf einmal seinen Kölner Posten im Stich, um mit seiner ganzen Familie nach Berlin zu übersiedeln und die Leitung der deutschnationalen „Hochschule für nationale Politik“ zu übernehmen. Um sein Kölner Gehalt nicht zu verlieren, wollte er seinen Lehrverpflichtungen an zwei Tagen in der Woche genügen. Dagegen erhob das Kuratorium der Kölner Universität energisch Widerspruch. Im Einvernehmen mit der philosophischen Fakultät forderte das Kuratorium Herrn Spahn, der sich völlig zum Radikal-Völkischen entwickelt hatte und als Reisepostel für die „nationale Erhebung“ warb, auf, entweder schleunigst nach Köln zurückzukehren oder auf seinen Kölner Posten zu verzichten. Ein sehr auffälliger Vermittlungsvorschlag zugunsten der Herrn Spahn, der von dem Herrn Ministerialrat Richter ausging, Spahn auf ein Jahr zu beurlauben, wurde von den Kölner Universitätsinstanzen abgewiesen, wobei man in einem Schreiben an das sonst in der Spahnschen Affäre gänzlich interessenlose Ministerium die Vermutung aussprach, Spahn warte auf ein (deutschnationales) Abgeordnetenmandat, um sich dann einfach in seinen Kölner Verpflichtungen vertreten zu lassen. Das Kuratorium lernte Herrn Spahn, der jetzt passive Resistenz übte, bis Gehalt, erbrachte das Ministerium um schleunigste Einleitung des Disziplinarverfahrens und schrieb dem Minister einen Brief, in dem es darauf hinwies, daß Herr Spahn der erste der Straßburger Professoren gewesen war, der seinerzeit mit seiner Familie seinen dortigen Posten vor Einzug der Franzosen verlegt hat. Wenn er jetzt seinen Wohnsitz dauernd nach Berlin verlegt hat, so geschehe dies in einer Zeit, die von jedem der im Rheinland angestellten Staatsbeamten vollen Einsatz der Persönlichkeit verlangt. Seine Flucht aus dem besetzten Gebiet ist die Preisgabe eines vaterländischen Postens im besetzten Deutschland. Wenn bei der heutigen Lage dieses Beispiel, das Herr Prof. Spahn gibt, ungerügt bliebe, würde dies von den schlimmsten Folgen für die nationale Einheitsfront sein. Aber auch diese vernichtende Kennzeichnung des radikal-völkischen Gelehrten und „Führer“ der Jugend blieb gänzlich ohne Wirkung. Herr Spahn rührte sich nicht. Auch der preußische Kultusminister, der anscheinend schon den künftigen deutschnationalen Abgeordneten fürchtet, tat nicht das geringste, um den offiziellen und immer wieder erneuten Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Spahn zu erledigen. Herr Spahn ist immer noch im Amte, dessen Obliegenheiten er seit dreiviertel Jahren in sträflichster Weise vernachlässigt.

Es ist erklärlich, daß der Fall Spahn im besetzten Rheinland viel Staub aufgewirbelt hat. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Frau Kirschmann-Röhl, Haas und Erkes, haben an den zuständigen Herrn Boelitz eine kleine Anfrage gerichtet, um zu erfahren, was der Herr Minister gegen die unglaubliche Pflichtverletzung eines an hervorragender Stelle stehenden deutschen beamteten Hochschullehrers zu tun gedenkt und ob der Herr Minister geneigt ist, das vom Kölner Universitätskuratorium beantragte Disziplinarverfahren schnellstens einzuleiten und durchzuführen.

Kommunistische Verleumdung am Pranger.

In Kassel fand am Sonntag abend ein Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des dortigen kommunistischen Blattes statt, durch den die frivole Hetz- und Verleumdungsmethode der kommunistischen Presse gegen Sozialdemokraten in grelles Licht gerückt wird. Das kommunistische Blatt hatte in einem Schimpfartikel gegen Genossen Kuttner diesem vorgeworfen, er habe Gelder der Kriegsbeschädigten unterschlagen, er kenne keinerlei moralische Hemmungen und verstehe überhaupt immer für sich das Fleisch zu erwischen und andern die Knochen zu überlassen. Genosse Kuttner hatte auf diesen Artikel eine preßgesetzliche Berichtigung gesandt. Statt diese jedoch abzudrucken, ließ der angeklagte Redakteur Gabel einen zweiten Schimpfartikel vom Stapel, in dem er seine Beleidigungen wiederholte und höhnisch aufforderte, Genosse Kuttner möge nur gegen ihn klagen, vor Gericht werde er ihm seine „Schandtaten“ beweisen. Ganz im Gegensatz zu dieser Drohung stand das Verhalten des Angeklagten Gabel im Termin, zu dem Genosse Kuttner als Nebenkläger erschienen war. Der Angeklagte erklärte, daß er für seine Behauptungen keinerlei Beweise antreten könne; er nahm de- und wehmütig alles zurück. Genosse Kuttner brandmarkte mit scharfen Worten diese Verleumdungsmethode. Wenn ein Redakteur erst in dieser Weise zur Klage herausfordere, um dann im Termin so schmählich zu kneifen, so schäme man sich, daß derartige Leute an Arbeiterblättern tätig sein könnten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Gabel drei Monate Gefängnis. Genosse Kuttner bat in seinem Plädoyer, von einer Gefängnisstrafe Abstand zu nehmen. Ihm liege nichts daran, daß jemand seinetwegen im Gefängnis säße. Er habe nur in öffentlicher Gerichtsverhandlung die maßlose Verlogenheit der kommunistischen Hetze gegen seine Person an den Pranger stellen wollen. Dieser Zweck sei erreicht. Genosse Kuttner beantragte deshalb, es bei einer Geldstrafe bewenden zu lassen. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis, indem es erklärte, daß das Verhalten des Angeklagten Gabel ein Fall typischer und verderblicher Ehrabschneiderei sei. Dem Nebenkläger wurde außerdem die Publikationsbefugnis in zwei Kasseler und sechs Berliner Blättern zugesprochen.

Das erkannte Weltgewissen.

Die Doktoren der auswärtigen Politik im deutschnationalen Lager sind in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation offenbar nicht ganz einig. In der mehr völkisch gerichteten „Deutschen Zeitung“ zerzt Maurenbrecher täglich auseinander, daß Baldwin vor Poincare zu Kreuze gekrochen sei und daß nun nichts anderes übrig bleibe als nationale Selbsthilfe in Form einer Volkserhebung. Demgegenüber vertritt die „Kreuzzeitung“ eine ganz andere Auffassung. Sie veröffentlicht jetzt einen Leitaufsatz von Prof. Dr. Hennig-Düsseldorf, der als Wirkung des englischen Vorgehens die vollständige Isolierung Frankreichs, sogar seine Trennung von Belgien ankündigt und dann mit folgenden Worten schließt:

„Wir Deutschen können nicht viel tun, um diese für uns entschieden günstige Entwickelung zu beschleunigen, aber das Wenige, was wir tun können, genügt, um die Entwicklung selbst zwangsläufig und unvermeidlich zu machen: Ausharren im passiven Widerstand gegen Frankreichs Ruhrpolitik, bis Poincares passiver Widerstand gegen das Weltgewissen und die Stimme der politischen und wirtschaftlichen Vernunft überwunden ist. Diese Stimme der Vernunft erklingt heute in allen Hauptstädten der Welt, außer in Paris, sogar schon in Brüssel, wenn auch vorläufig noch leise und zaghaft. Herr Baldwin hat es in der Hand, sie zum unwiderstehlichen Orkan anwachsen zu lassen. Aber wird er der Mann sein, diese geschichtliche Mission zu vollbringen?“

Diese Aeußerung wäre in einem sozialdemokratischen Blatt nicht auffallend. In der „Kreuzzeitung“ ist sie höchst bemerkenswert und das um so mehr, als sie von einem deutschnationalen Wortführer aus dem besetzten Gebiet stammt. Denn eine schärfere Verurteilung der bisherigen deutschnationalen Politik, als sie in diesem Urteil unausgesprochen mit eingeschlossen ist, läßt sich kaum denken.

Jedermann weiß, daß „diese für uns entschieden günstige Entwicklung“ durch das Memorandum vom 7. Juni, das heißt durch die konsequente Betonung der deutschen Erfüllungsbereitschaft ausgelöst worden ist. Wer aber hat diese von der Sozialdemokratie befürwortete Politik schärfer bekämpft als die Deutschnationalen?

Und wie ist die sozialdemokratische Presse in den deutschnationalen Blättern verlacht und verhöhnt worden, wenn sie von „politischer und wirtschaftlicher Vernunft“, ja sogar von einem — „Weltgewissen“ zu reden wagte? Regelmäßig wurde sie dann belehrt, daß moralische Kräfte in der auswärtigen Politik garnichts bedeuteten und daß es eine lächerliche Illusion sei, die Gefühle der Rechtschaffenheit und Menschlichkeit mit in Rechnung zu stellen. Erinnert man sich all dessen und sieht man heute die „Kreuzzeitung“ vor dem „Weltgewissen“ huldigend in die Knie sinken, so könnte einem das „Weltgewissen“ beinahe leid tun.

Der „Kreuzzeitungs“-Artikel des Herrn Prof. Henning wird uns dennoch wertvoll bleiben, wo immer uns die plumpe und brutale Gewalttheorie der Deutschnationalen noch entgegentritt.

Eine unvollkommene Denkschrift.

Von Ph. Scheidemann.

Die Reichszentrale für Heimatdienst, der wir neben manchen überflüssigen Publikationen auch einige wertvolle Schriften verdanken, hat soeben eine Denkschrift veröffentlicht, die im Zentralverlag G. m. b. H. zu Berlin erschienen ist unter dem Titel: „Die Entwicklung der Reparationsfrage." Der erste Satz der Schrift, die eine Fülle wertvoller Mitteilungen und für den politisch Interessierten geradezu unentbehrliches Material enthält, lautet wie folgt: „Auf den folgenden Blättern wird in kalendermäßiger Aufzeichnung der Gang der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse seit dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands dargestellt. Eine sachliche Aneinanderreihung von geschichtlichen Tatsachen, ohne ein Wort der Erläuterung und des Kommentars." Mit einer solchen sachlich-kalendermäßigen Aufzeichnung könnte man sich freudig einverstanden erklären, denn die Saucen, in denen uns offiziell und offiziös zusammengestellte Tatsachen oft überreicht werden, sind den meisten Politikern ohnedies zuwider.

Leider sind die zusammengestellten Tatsachen, gegen die im übrigen nicht der geringste Einwand erhoben werden soll, nicht vollständig. Statt aller weiteren Betrachtungen mögen zwei fehlende gewichtige Tatsachen hier angeführt werden. In der Denkschrift heißt es:

„27. 9. 18. Rede Wilsons in Neuyork . . . Alle internationalen Abmachungen und Verträge müssen vollinhaltlich der übrigen Welt mitgeteilt werden."

„5. 10. 18. Deutsche Note an Wilson: Annahme der vierzehn Punkte; Bitte um Friedensverhandlungen."

Hat sich denn zwischen dem 27. 9. und dem 5. 10. 18 wirklich gar nichts ereignet, das unter allen Umständen hätte verzeichnet werden müssen? Wie kam es denn, daß am 5. 10. Präsident Wilson von Berlin aus um Frieden gebeten wurde?! Gerade das ist auffälligerweise in der Denkschrift vergessen worden. Deshalb soll es hier zu Nutz und Frommen aller, die historische Tatsachen von größter Bedeutung nicht verwischen lassen wollen, nachgetragen werden:

„28. 9. 18. Die Oberste Heeresleitung (Hindenburg-Ludendorff) fordert vom Reichskanzler die sofortige Herausgabe eines Friedensangebots an die Entente.

27. 9. 18. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden, der mit der Bildung einer neuen, auf demokratischer Basis zu errichtenden Regierung beschäftigt war, läßt den Vertreter der Reichsregierung bei der Obersten Heeresleitung, Freiherrn von Lerßner, telegraphisch und telephonisch anweisen, Hindenburg und Ludendorff wegen des überraschenden Schreies nach Frieden sofort zur Rede zu stellen.

1. 10. 18 (vormittags). Freiherr von Lerßner telegraphiert an den Reichskanzler aus dem Großen Hauptquartier:

„General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht warten. Er bäte Eure Exzellenz dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf allerschnellste Weise durchkäme.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche antworten werde. Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot bis spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sein müsse und bittet Eure Exzellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Funkspruch von Nauen an den Adressaten mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne."

1. 10. 18 (mittags 1.20 Uhr) telegraphieren Hindenburg-Ludendorff an den Vizekanzler v. Payer:

„Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen einverstanden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten."

3. 10. 18 telegraphiert Prinz Max, der inzwischen offiziell Reichskanzler geworden war und die neue Regierung gebildet hatte, an die Oberste Heeresleitung:

„Bevor ich mich über die Einleitung der von der O. H. L. gewünschten Friedensaktion schlüssig mache, beehre ich mich, Eure Exzellenz um Stellungnahme zu folgenden Fragen zu bitten:

1. Wie lange kann die Armee den Feind noch jenseits der deutschen Grenzen halten?

2. Muß die O. H. L. einen militärischen Zusammenbruch erwarten und bejahendenfalls in welcher Zeit? Würde der Zusammenbruch das Ende unserer militärischen Widerstandkraft bedeuten?

3. Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?

4. Für den Fall, daß die Frage zu 3 bejaht wird, ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebietes, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann?

5. Ist die Oberste Heeresleitung mit Absendung des anliegenden Notenentwurfs einverstanden?"

3. 10. 18 (am selben Tage) telegraphieren Hindenburg-Ludendorff an den Reichskanzler Prinzen Max zurück:

„Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 28. September ds. Js. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von Soldaten das Leben.

Dieser fürchterlichen Angst- und Notschreie wegen, die die Generale Hindenburg und Ludendorff Tag für Tag ausstießen, mußte Prinz Max am 5. 10. die Note an Wilson richten. Warum aber wird in der „kalendermäßig" zusammengestellten Denkschrift alles unterdrückt, was sich zwischen dem 29. 9. und dem 5. 10. abgespielt hat? Wir wissen es nicht. Aber das wissen wir genau, daß mit dem Abdruck der von uns oben angeführten Tatsachen die heimtückische Verleumdung von dem Dolchstoß glänzend ad absurdum geführt worden wäre.

Was führen die Generale Hindenburg und Ludendorff Ende September und Anfang Oktober 1918 als Gründe für den bevorstehenden Zusammenbruch an? Man lese das obige Telegramm genau nach: Zusammenbruch der mazedonischen Front, die Verluste des eigenen Heeres und die wachsende Uebermacht der Feinde!!! Die „Revolution", die Folge des Zusammenbruchs, fand erst am 9. November, also sechs Wochen nach den Hilferufen der Generale statt. Sie wird heute als die Ursache des Zusammenbruchs hingestellt.

In der Denkschrift fehlt noch ein sehr wichtiges Datum: es wird nämlich der Tag schämig übergangen, an dem auf die Frage Erzbergers, ob er die furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen tatsächlich unterzeichnen solle, General Hindenburg telegraphisch geantwortet hat:

„10. 11. 18. Großes Hauptquartier. In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen in folgenden Punkten zu erbringen: 1. Verlängerung der Räumungsfrist auf zwei Monate, wobei die Hauptzeit auf die Räumung der Rheinprovinz, der Pfalz und Hessens fällt. Sonst Zusammenbruch des Heeres, weil technische Ausführung absolut unmöglich. 2. Durchmarsch rechten Heeresflügels durch Maßrichtzipfel. 3. Wegfall neutraler Zone aus Ordnungsgründen, zum mindesten Verminderung auf 10 Kilometr. 4. Ehrenvolle Kapitulation Ostafrikas. 5. Erhebliche Verringerung des abzugebenden Eisenbahnmaterials, sonst schwerste Gefährdung der Wirtschaft. Belassung des Personals gemäß A 7 nur in kleinem Umfang möglich, nähere Abmachungen hierüber nötig. 6. Lastkraftwagen in Heer nur 10 000, davon 50 Proz. betriebsfertig, vorhanden. Abgabe in der geforderten Höhe würde völligen Zusammenbruch der Heeresversorgung bedeuten. 7. Jagd- und Bombenflugzeuge nur 1700 vorhanden. 8. Bei einseitiger Kriegsgefangenenabgabe müssen wenigstens Vereinbarungen über Kriegsgefangenenbehandlung bestehen bleiben. 9. Blockade für Lebensmittel öffnen; zur Regelung der Verpflegungsfrage sind Kommissare unterwegs.

Gelingt Durchführung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen.

Gegen Ablehnung Punkte 1, 4, 5, 6, 8, 9 wäre flammender Protest unter Berufung auf Wilson zu erheben. Bitte Entschluß der Regierung in diesem Sinne schleunigst herbeizuführen.

Hindenburg."

Es ergibt sich also aus den in der Denkschrift nicht verzeichneten Daten: 1. Daß die Heerführung schon im September 1918 sofortigen Frieden und Waffenstillstand verlangte, weil sie sonst, obwohl das angeblich von hinten erdolchte „deutsche Heer noch festgefügt" stehe, „zu schwerwiegenden Entschlüssen" gezwungen werden könnte. (Kapitulation!) 2. Daß infolge dieser nervösen Hilferufe das festgefügte Heer tatsächlich kampfunfähig gemacht wurde. 3. Daß die Waffenstillstandsbedingungen (Herausgabe und Zerstörung der Waffen usw.) auf Befehl Hindenburgs unterzeichnet worden ist!

Von alledem soll dem deutschen Volke offenbar möglichst wenig bekannt werden, weil sonst der der Republik gemeingefährliche Spuk der „aktiven" Phantasten, die jetzt wieder heldenhaft mit den Zungen rasseln, im Handumdrehen erledigt wäre.

Vermischte Nachrichten.

Bierkrieg auf dem deutschen Turnfest in München. Die schöne Absicht, der Welt mit dem deutschen Turnfest in München eine „wuchtige nationale Geschlossenheit" zu zeigen, ist zu Wasser geworden. Wehklagend berichten die rechtsgerichteten Blätter von einem Bierkrieg, der das schöne nationale Fest schändet, ja es beinahe gesprengt hätte. Die Münchener Bierbrauer und Wirte betrachten das Turnfest als günstigste Gelegenheit zu einem großen Fischzug und setzten die Preise dementsprechend an. Am Sonnabend, als der große Fremdenzustrom begann, wurde der Bierpreis um das Dreifache erhöht, helles Bier kostete 9000 Mark, Exportbier 12 000 Mark, bisher 3000 und 4000 Mark eine Maß. Eine kleine runde Semmel kostet 1000, eine Brühwurst 10 000 Mark und ein bescheidenes Mittagessen 35 000 Mk. Die Entrüstung der Turner über diesen Beutezug und ihr Abwehrkampf wird folgendermaßen geschildert: „Wie ein Lauffeuer hatte sich die Kunde von dieser Bierpreiserhöhung aus den Kellern der Theresienwiese hinunter verbreitet zu den Turnern, die auf der Wiese standen. Ueberall hellste Empörung. Es kam schließlich soweit, daß unter den Turnern die Parole ausgegeben wurde, kein Bier mehr zu trinken. Diese Parole wurde prompt befolgt, und plötzlich standen Schaumädchen und Schankkellner da und hatten stundenlang nichts zu tun. Die Erregung ging sogar soweit, daß die Braukutscher, die zur Ehre der Turner in festlicher Aufmachung, weißen Hemdsärmeln, roten Westen und Kniehosen erschienen waren und Bierwagen und Pferde aufs feinste herausgeputzt hatten, wieder abziehen mußten, weil man sie gewaltsam hinderte, ihre Fässer in die Keller abzuladen . . . . Von der Theresienwiese wurde dieser „passive Widerstand" hineingetragen in die Stadt. Ueberall leerten sich die Schankstätten, und viele Turner rüsteten zur plötzlichen Abreise. Man drohte, den Festzug ausfallen zu lassen. Soweit kam es indessen nicht, da die Behörden sich der Sache annahmen — mit dem Erfolge, daß schon in den ersten Nachmittagsstunden die Schankkellner die Preistafel wieder mit den alten Preisen auszeichneten. Die Turner hatten gesiegt. Das Bier wird nun erst ab Dienstag verteuert." Mit den moralischen Eroberungen, die das faszistische München bei der deutschen Turnerschaft machen wollte, ist es nun nichts. Ebenso haben die Hitlergarden mit ihrer Schlägerei, die sie mit der Münchener Polizei hatten, den Gästen Abscheu vor dem bayrischen Patriotismus eingeflößt. Die Nachrichten über das über alles gelungene und harmonisch verlaufene deutsche Turnfest, „die größte Veranstaltung, die Deutschland je gesehen," sind bereits als Schwindel erkannt und werden schon richtig gewürdigt. Statt der 300 000 Teilnehmer ist es die Hälfte und diese Zahl ist wahrscheinlich noch zu hoch geschätzt. Unwillkürlich muß man dieses nationale, durch die Profitsucht und die Hitlergarden gestörte Turnfest mit dem glänzend verlaufenen eindrucksvollen Reichs-Arbeiter-Turnfest in Leipzig vom vorigen Jahre vergleichen und objektiv feststellen, daß dies dem nationalen Turnfest an Verlauf und Organisation weit, weit überlegen ist, von den turnerischen Leistungen hier ganz zu schweigen.

Drei Soldaten

Roman von John dos Passos

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

51. Fortsetzung.

„Pflegte früher ein wenig Klavier zu spielen. Wenn Sie das meinen . . ." sagte Andrews. „Aber ich muß jetzt gehen. Wenn Sie etwas von der Universitätsangelegenheit hören, benachrichtigen Sie mich bitte."

„Aber gewiß, mein Lieber, gewiß."

Sie schüttelten sich die Hand und Andrews stolperte den dunklen Gang hinunter zur Tür. Als er in der rauhen Nachtluft stand, sog er den Atem tief ein. Im Licht, das aus einem Fenster heraus kam, sah er auf seine Uhr. Es war noch Zeit, zum Bureau des Regimentssergeanten zu gehen.

Das Regimentsbureau befand sich in einem großen Zimmer, das einst mit düsteren und schlecht gemalten Bildern in der Art von Puvis de Chavannes geschmückt war, aber die Wände waren von den fünf Jahren militärischer Benutzung so zerkratzt und beschmutzt, daß überhaupt nichts mehr von den Bildern erkennbar war.

Das Bureau war fast leer. Die mit Papieren aller Art bedeckten Schreibtische und die schweigenden Schreibmaschinen verliehen dem Zimmer ein seltsames Aussehen völliger Trostlosigkeit. Andrews ging kühn an den nächsten Schreibtisch heran. Hinter dem Tisch saß zusammengekauert über einem Haufen von Papieren ein kleiner Mann mit wenigen gelblichen Haaren, der seine Augen zu Andrews hinaufschraubte, als dieser an seinen Tisch herantrat.

„Na, hast du mir die Sache in Ordnung gebracht?" fragte er.

„Welche Sache?" erwiderte Andrews.

„Oh, ich dachte, du wärst ein anderer." Das Lächeln verließ die dünnen Lippen des Offiziers. „Was willst du eigentlich?"

„Können Sie mir sagen, was man in der Universitätsangelegenheit tun kann? Wo man das Gesuch einreichen kann?"

„Gesuch, Gesuch! Was geht mich Ihr Gesuch an. Wer hat Ihnen denn eigentlich gesagt, hier vorzukommen und mich damit zu belästigen?"

Andrews verließ das Zimmer. Plötzlich erhob er die Augen und sah vor sich einen Mann, der ihm schon vorhin im Regimentsbureau aufgefallen war.

„Welche Universität haben Sie besucht?" fragte der ihn unvermittelt.

„Harvard."

„Harvard. . . . Ich komme aus dem Nordwesten. Sie wollen also hier in Frankreich zur Universität gehen, wenn möglich. Ich auch."

„Wollen Sie nicht mitkommen und was trinken?"

Der Mann zog die Brauen zusammen, setzte seine Mütze fest auf den Kopf und sah sich geheimnisvoll um. „Ja", sagte er. Sie patschten zusammen die schlammige Dorfstraße hinunter.

„Ich heiße Walters. Wie heißen Sie?" Er sprach leise, kurz und abgerissen.

„Andrews."

„Andrews, Sie dürfen über diese Sache nicht reden. Wenn jemand davon erfährt, sind wir unten durch. Aber studierte Leute müssen zusammenhalten."

„Oh, ich werde bestimmt nicht darüber reden", sagte Andrews.

„Es ist fast zu schön, um wahr zu sein. Der eigentliche Befehl ist noch nicht raus. Aber ich habe ein Zirkular gesehen. Welche Universität wollen Sie besuchen?"

„Sorbonne, Paris."

„So ist's richtig. Kennen Sie das hintere Zimmer bei der Babette?" Walters bog plötzlich zur Linken in eine Allee ein und brach durch eine Oeffnung in einer Hagedornhecke.

„Man muß Augen und Ohren offen halten, wenn man in dieser Armee etwas erreichen will", sagte er.

Sie setzten sich auf eine Bank, die um den Schornstein herumgebaut war.

„Monsieur désire?" Eine Frau mit einem Kind auf dem Arm kam an sie heran.

„Das ist Babette! Ich nenne sie Baboon", sagte Walters mit einem kurzen Lachen.

„Schokolade!" rief Walters der Frau zu. Er wandte sich wieder an Andrews. „Jetzt wollen wir mal über unsere Affäre reden. Wir müssen sofort ein Gesuch schreiben. Ich werde das morgen mit der Schreibmaschine abschreiben lassen und Sie morgen abend um acht Uhr hier treffen und es Ihnen geben . . ., dann unterschreiben Sie es sofort und geben es Ihrem Sergeanten, verstanden?"

Die Frau, diesmal ohne Kind, erschien in dem Dunkel des Zimmers mit einer Kerze und zwei Schalen, aus denen Dampf stieg, in der Hand. Walters trank seine Schale Schokolade in einem Zug aus, grunzte und fuhr zu sprechen fort:

„Geben Sie mir 'ne Zigarette, ja? . . . Sie müssen aber die Geschichte verdammt schnell erledigen, denn sobald der Befehl herauskommt, wird die ganze Division behaupten, sie habe die Universität besucht. Woher wußten Sie eigentlich davon?"

„Ein Freund aus Paris. . . ."

„So, Sie waren in Paris?" sagte Walters bewundernd, „ist es dort wirklich so, wie man sagt? Diese Franzosen sind tatsächlich ganz unmoralisch. Schauen Sie sich mal diese Frau da an. Die schläft mit jedem, ohne erst lange zu fragen. Hat auch ein Kind."

„Wem muß man eigentlich das Gesuch abgeben?"

„Wahrscheinlich dem Oberst. Sind Sie katholisch?"

„Nein."

„Ich auch nicht. Sehr schade. Haben Sie schon bemerkt, was im Hauptquartier der Division getrieben wird? Das ist eine richtige Kathedrale. Gibt keinen einzigen Freidenker . . . Aber ich werd's schon schaffen. . . . Wenn Sie mich auf der Straße treffen, kennen Sie mich nicht, verstehen Sie?" „Gut."

Walters eilte zur Tür hinaus. Andrews saß allein, schaute auf die flackernden kleinen Flammen, die aus dem Herd herauszüngelten und schlürfte seine Schokolade aus der warmen Schale, die er zwischen den Handflächen hielt. Er erinnerte sich an eine Rede aus irgendeinem sehr schlechten romantischen Stück, das er gesehen hatte, als er noch sehr klein war: „Ueber euren Köpfen schwinge ich das Kreuz von Rom." Er begann zu lachen und rutschte auf der glatten Bank hin und her. Die Frau stand mit ihrem roten Gesicht und den Händen in die Hüften gestützt, da, sah ihn an, erstaunt, während er lachte und lachte.

„Mais quelle gaité, quelle gaité", sagte sie immer wieder.

Das Stroh unter seinem Körper raschelte schwach bei jeder schläfrigen Bewegung, die Andrews in seinen Decken machte. In einer Minute wird das Signal kommen, man wird aufspringen müssen aus seinen Decken, seine Kleider anziehen und mit all den anderen in der Dorfstraße antreten. Es konnte doch nicht sein, daß nur ein Monat vergangen war, seit er aus dem Hospital zurückgekommen war. Nein, er hatte schon ein ganzes Leben in diesem Dorfe verbracht, war jeden Morgen von diesem Signal aus seinen warmen Decken herausgeschleppt worden, hatte zitternd in Reih und Glied auf den Appell gewartet, in langer Linie sich aufgestellt zum Essenholen, in langer Linie sich eingereiht, um die Essenreste in die Trankfässer zu werfen, sein Geschirr in dem fettigen Wasser zu waschen, das hundert andere vorher für ihr Geschirr benutzt hatten, war aufmarschiert zum Drill, schlammige Straßen entlang getrottet, von endlosen Zügen von Lastkraftfahrzeugen bedeckt noch zweimal zum Essen angestanden, um schließlich von einem anderen Signal wieder in seine Decken hineingezwungen zu werden, schwer zu schlafen mit dem Geruch schweißiger wollener Kleidung, ausgeatmeter Luft und staubiger Decken in den Lungen. In einem Augenblick wird das Signal jetzt kommen, ihn sogar aus diesen elenden Gedanken herausreißen und ihn wie einen Automaten herauswerfen in den Befehlsbereich anderer Männer. Kindische, trotzige Wünsche stiegen in ihm auf. Wenn der Signalbläser doch sterben würde! Er konnte sich ihm so gut vorstellen! Ein kleiner Mann mit einem breiten Gesicht und roten Backen und einem kleinen rötlichen Schnurrbart und gebogenen Beinen, der auf seiner Decke wie ein Kalb auf der Marmorplatte in einem Fleischerladen lag. Welcher Unsinn! Es gab ja noch andere Signalbläser. Er wunderte sich, wie viele solcher Signalbläser es wohl in dieser Armee geben mochte. Er konnte sie sich alle vorstellen in schmutzigen, kleinen Dörfern, in steinigen Baracken, in großen Lägern, wie sie ihren kleinen Messinghörnern einen vorbereitenden Schlag geben, bevor sie ihre Backen aufblasen und einer Million — oder waren es zwei oder drei Millionen Menschen? — das Leben stehlen und warme Körper in rohe Automaten verwandeln, die geschäftig gehalten werden müssen, damit sie nicht störrisch werden, bevor die Mordzeit wieder da ist.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 17 **Nr. 17**

Einst saßen Schiller und Goethe so in aller Ruhe,
Machten Gedichte, keine Stiefel und Schuhe.
Ihre Werke bleiben uns ewig erhalten,
Wo sind ihre Schuhe, die guten alten?
Nun haben wir **O. Schröder** in neuerer Zeit,
Leider ist er noch nicht genug bekannt weit und breit.
Aber was nicht ist, kann noch werden,
Es ist ja alles möglich auf Erden.
Darum auf zum **Spezial-Schuhgeschäft Balauerfohr 17,**
wo er wohnt,
Ein Einkauf bei ihm für jedermann sich lohnt.
4308)

Billige
Damen- u. Herrenkonfektion, Schuhwaren, Textilwaren.

Eleg. Anzüge, Gummimäntel, Hosen, Joppen, Schlüpfer usw., eleg. Damenschuhe schwarz, Stiefel, Herrenstiefel, Halbschuhe, Kinderstiefel, Sandalen, Turnschuhe, Pantoffel usw., elegante Damenmäntel, Blusen, Röcke, Jumper, Strickjacken, Kleiderstoffe, Voiles, Frottés, Flanelle, Anzugstoffe, Buckskin, Inlett, Cheviots, Leinen, Betten, Aussteuer, Loden, und Manchester, Hemdentuch usw.
4328)

Noch wirklich preiswerte Angebote!

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Achtung Selbstbesohler!
50 Kilo
Kern-Abfalleder
100 Kilo
Herren-, Damen- und Kindersohlen aus neuem Treibriemen-Stückenleder
billig solange Vorrat reicht bei (4283
Wilhelm Blunck,
19 Hartengrube 19

Marlesgr. 27.
Freitag und Sonnabend:
Dickfettes 4326
Fohlen- und Roßfleisch, Knackwurst u. Gekochte.

Nur Stand 4 **Käse!** Eingang

18 T. M. 18 T. M.
der alte scharfe prima Steppenkäse, in ganzen Broden billiger, ist wieder eingetroffen. Bestellte Broden bitte bis Freitag 9 Uhr abholen.
1 Posten Ia. vollfetter Tilsiter.
1 Posten Ia. vollfetter Camembert.
200 Kisten alter Harzer, ganze Kiste ca. 7½ Pfd. 65 T. M.
und alle anderen Sorten.
Nur Stand 4.
Markthallen-Käselager
Hermann Boldt
Breite Straße (4325) I. Stand rechts.

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (4290
Arbeiter-Garderoben, Berufskleidung, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion. Erstkl. Manufakturwaren.

Erich Schuster
Königstr. 91 **Lübeck** Fernspr. 3222
Schokoladen- und Kakao-Fabrikate
Ständiges Lager von Fabrikaten nur erster Häuser.
Verkauf nur an Wiederverkäufer. (4309

Eimerbier.
Freitag von 4—6 Uhr.
4302) Brauerei Stamer

---

künstliche
Gebisse,
einzelne Zähne kauft ständig
Goldschmied
Tollgreve
92 Königstraße 92
Kostenlose Auskunft.

Das auf Parteitagsbeschluß angefertigte
Partei-Abzeichen
in Form einer schmuckvollen metallenen Ansteckнadel ist in der Buchhandlung Lübecker Volksbote zu haben. Das Wahrzeichen der Sozialdem. Partei trägt jeder überzeugte Genosse!

Eimerbier.
Freitag von 4—6 Uhr.
4301) Brauerei Wilcken
Engelswisch und Kreinstr. 21 a.

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (4272
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

Wir belieferten sämtliche Fleischereien Lübecks und Umgegend aus neu hereingekommenen Partien mit

argentinischem gefrorenen Ochsenfleisch
in ganz
vorzüglich fetter :-: Qualität :-:

Die Ware ist äußerst schmackhaft und nicht im geringsten von frischem Fleisch zu unterscheiden, außerdem stellt sie sich um 60 % billiger. (4324

Palm & Block,
Schlachthof.
Großschlachterei, Fleisch- und Fettwaren-Import.
Fernsprecher 3849.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck. (4307

Am Sonntag dem 22. Juli findet die
Wahl der Delegierten zur General-Versammlung
von vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr in den bekanntgegebenen Lokalen statt. Es wird nach Listen gewählt. Kandidaten sind:
auf Liste A: A. Löwigt, E. Knopp
auf Liste B: K. Roß, E. Nickel.
In den Wahllokalen liegen Stimmzettel aus, auf denen die Namen vorgedruckt sind. Eine Liste ist zu streichen. Wir fordern nochmals alle Kollegen auf, ihr Stimmrecht auszuüben.
Die Ortsverwaltung.

Die Fettknappheit ist da!
Dosen sind kaum zu bekommen.
Jeder decke seinen Bedarf bevor der Vorrat geräumt ist.
7800 Mark per Pfund unser letzter Notierung.
Margarine
25000 — 28000 Mk.
Lübecker (4295
Margarine-Zentrale.

Großer Käseverkauf!
Eine Partie
Tilsiter Fettkäse,
durch Hitze etwas weich geworden,
1 Pfd. 15000 Mk.
Zünshausen 33,
4319) **Fuchshalle Hansa.**

Freitag u. Sonnabend
Da. Zaßenfleisch
ff. geräucherte Mettwurst und Knackwurst
Fr. Kollmann
4300 **Kaiserstraße 8.**

Kakao
¼ ℔ 9500 M.
Bananen-Kakao
¼ ℔ 7000 M.
Kaffee-Ersatz, lose
¼ ℔ 2200 M.
Marmelade
℔ 2200 M. (4305
Sirup
℔ 2000 M.
Eduard Speck,
Hüxstraße 80/84.

Kaufe von Gold-, Silb.-Bruch, Blatin. (4284
Uhrmacher **Hübner,**
Hansahaus 13.

Prima Kernleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (4281

Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)
Ortsgruppe Lübeck.
Oeffentliche Volksversammlung
am Freitag, dem 20. Juli 1923,
abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Unser Kampf gegen wirtschaftliche Not und nationale Unterdrückung. Ref.: Reichstagsabgeordn.
Genosse **Emil Höllein** - Berlin.
2. Freie Aussprache.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende, Kleinrentner, Männer und Frauen, erscheint in Massen!
Zur Deckung der Unkosten 1000 M. Erwerbslose frei.
Anmerkung: **Emil Höllein** ging nach Paris. Er sprach zu den revolutionären Arbeitern, die ihm zujubelten. Nach der Versammlung wurde er von den Schergen Poincares verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Nach monatelanger Haft erkämpfte er sich durch einen siegreich durchgeführten Hungerstreik die Freiheit. (4318

Konzerthaus Flora
Bis 24 Juli, täglich 8 Uhr abends:
Bosco Bellachini's
weltbekannte Mystikschau. **Magische Rätsel und Wunder.** U. a.: **Das Zersägen einer lebend. Dame.**
Kartenvorverk.: Zigarrenh. **Röhrig,** Holstenstr. 2 und Zigarrenh. **Buse,** Breitestr. 53 u. ab 7 Uhr a. d. Kasse.
Aufsehenerregend!

Kaffeehaus Moisling.
Sonnabend, den 21. Juli:
Groß. Ziegelerball
der Ziegelei Rothebeck.
Anfang 7 Uhr. (4285) Anfang 7 Uhr.
Das Komitee und H. Siems.

Kolosseum
Morgen, Freitag, Beginn 7 Uhr:
Großes erstklassiges Garten-Konzert
mit
Künstler-Vorträgen
Gertrud Kehrbach
Hilde Möbius
Reinhold Wolf
usw.
4329) Der Veranstalter: **Walter Karzin.**

Luisenlust. Jeden Freitag u. Mittwoch **Tanzkränzchen.** 4275

S. P. D.
4293
Vorstand u. Ausschuß
(einschl. Bezirksführer)
Sonnabend, 21. Juli,
abends 7½ Uhr.
im Gewerkschaftshaus.

Betriebsrätezentrale A.D.G.B. Ufa.

Versammlung aller Betriebsräte und Betriebsobmänner der Gruppe XII
(Staatliche und kommunale Behörden und Institute)
am Freitag, d. 20. Juli
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus,
Tagesordnung:
Wahl des Gruppenvorstandes.
Ohne Ausweis und Verbandsbuch hat niemand Zutritt. (4304
Die Betriebsrätezentrale

Schwartau-Rensefeld.
Den Gewerkschaften u. Vereinen hiermit zur Kenntnis, daß unser diesjähriges (4317
Gewerkschaftsfest
am 26. August (Tierschauplatz) stattfindet.
4317) **Der Vorstand.**

Volksbühne zu Lübeck e. V.
(4312
Die Ausgabe erfolgt werktäglich von 4—7 Uhr.

Hansa-Theater.
Heute Donnerstag und morgen Freitag, 8 Uhr:
„Hamburger Filiale".
Schwank in 3 Akten von Curt Kraatz und Max Neal
mit **Emil v. Dollen** als Weinreisender Neumann.
Sonnabend, 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Sherlock Holmes.
Detektivkomödie in 4 Akten v. Bozenhardt
mit **Emil von Dollen** in der Titelrolle. (4291
Sonntag, 8 Uhr:
Sherlock Holmes.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Donnerstag, 19. Juli 1923. Nummer 166.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 19. Juli.

Travemünde.

Dreimal bin ich jetzt in Travemünde gewesen. Das erstemal habe ich meine Haut verbrannt; das zweitemal ist mir ein Eisenbahnunglück passiert; das drittemal aber habe ich mich verliebt.

Ehrlich gesprochen: Ich weiß nicht, ob ich noch eine vierte Reise wagen soll. Denn wenn sich meine Unglücksfälle im gleichen Tempo weiter steigern, so kann ich mich bei meinem nächsten Ausflug auf allerlei gefaßt machen.

Wie gesagt, mit einem Brand fing es an; um Mißverständnissen vorzubeugen: mit einem Hautbrand. Kühn und entschlossen hatte ich meine noch winterzarten Gliedmaßen der Sonne zu stundenlanger Bearbeitung übergeben. Was darauf folgte, brauche ich wohl nicht zu beschreiben. Das wissen die meisten. Jedenfalls sah ich von oben bis unten wie ein gekochter Krebs aus, und mein Befinden war auch danach. Aber ich habe mich unterdessen sehr verjüngt; denn ich habe mir eine vollständig neue Haut zugelegt.

Nachdem ich so meinen äußeren Adam neu eingekleidet hatte, beschloß ich, meine zweite Reise an die See anzutreten. Aber vor Wasser und Sonne wollte ich mich diesmal hüten. Ein kleiner Spaziergang am Ufer nur! Bis Hermannshöhe und zurück! Da kam so ein unverschämtes Gewitter. Und auch meine zweite Reise endigte mit einem schlimmen Mißerfolg. Ich konnte mir das Bad wirklich schenken. Möglichst schnell nach Lübeck zurück — und nie mehr nach Travemünde.

Auf dem Bahnhof aber war solch merkwürdiger Ansturm auf warme Würstchen und Brauselimonade. Man wurde aus der Stimmung der aufgeregten Menge nicht recht klug. Schließlich frage ich einen Kellner: „Weshalb essen denn hier alle Menschen warme Würstchen?“ „Weil sie hungrig sind!“ Damit war ich so gescheit als zuvor! „Weshalb sind hier denn alle Menschen so hungrig?“ „Die warten doch alle schon seit sieben Uhr, und jetzt ist es zehn!“ Worauf warten die denn?“ „Auf einen Zug!“ Jetzt werde ich ärgerlich: „Das weiß ich auch; sonst wären sie nicht am Bahnhof. Aber man kommt doch nicht um sieben an die Bahn, wenn man um halb elf Uhr fahren will!“ Fröstelnd zog ich meine nassen Schultern zusammen und wollte durch die Sperre. Aber es ging nicht; Hunderte drängten heraus: „Es dauert noch mindestens eine Stunde, bis die Strecke wieder frei ist. Das Unglück scheint doch ziemlich groß zu sein.“ „Unglück?“ „Ja, ein Zugzusammenstoß!“

Jetzt begriff ich! Sah mich auch schon die Nacht im Freien kampieren und lief auch nach warmen Würstchen und Brauselimonade. Die nun folgenden Ereignisse kann ich so schnell nicht erzählen. Ein anderes Mal! Jedenfalls langte ich am nächsten Morgen um vier Uhr in Lübeck an. Um nun ganz bestimmt nie mehr nach Travemünde zu fahren.

Trotzdem habe ich es gestern noch einmal gewagt. Baden? Nein! Spazieren gehen? Nein! Nur ein bißchen am Ufer sitzen. Im Kurhaus! 5000 Mark Eintritt! Ein Kaffee 7000 Mark. Dafür wunderschöne Aussicht. Eben starre ich in die dunkelnde Ferne. Zeige meiner Begleiterin den weißen Streifen am weiten Horizont über dem nebelnden Meer. Starre ins Weite, über die unendliche, ruhige und ebene See. Nur ein fernes Lichtlein winkt in verlorener Einsamkeit. Wem? Wie ist die See schön! Ruhe und Glück wünsche ich mir, wünsche ich allen Menschen! Nicht nur diesen reichen Ausländern, diesen satten Schiebern und Kapitalisten ringsum.

Da streift ein Blick vorbei! Schwarz und lockend gleiten glänzende Augen über mein düsteres Gesicht. Ein schneller Blick, einen Augengruß nur! Schon sind Vater und Mutter bei der Hand und nehmen ihr Küken in die Mitte. Und versperren die ganze Aussicht.

Das war das dritte Unglück. Und wenn ich ehrlich sein soll — für mich das größte. Seltsamerweise lautete mein Schwur nun nicht mehr: Nie wieder nach Travemünde! Sondern: Wann geht der nächste Zug?

Also: Ein recht erheblicher Unfall! Auch eine Art Brand. Leider läßt sich das Herz nicht so ohne weiteres häuten. Werde ich also die Sache auf andere Weise überwinden müssen.

Vielleicht — vielleicht auch nicht. Mit Bangen sehe ich dem vierten Unglück entgegen.

Ich werde weiter berichten — offen und ehrlich. Danton.

Ist das Hakenkreuz ein Parteiabzeichen? Eine merkwürdige Auffassung vom Hakenkreuz scheinen einige mittlere Beamten der Lübeck-Büchener Eisenbahn zu haben. Einer von ihnen machte Unterbeamten darauf aufmerksam, daß sie das S.P.D.-Abzeichen im Dienst nicht tragen dürfen. (Nach einer Verordnung des Reichsverkehrsministers.) Dabei trägt er selbst in und außer Dienst das Hakenkreuz. Darob zur Rede gestellt, behauptete der merkwürdige deutschvölkische Herr, daß das Hakenkreuz ein unpolitisches Vereinsabzeichen sei. Man weiß zwar bei solchen Herren nie genau, ob sie selbst dumm sind, oder ob sie andere dumm machen wollen; aber in diesem Fall ist der Tabak doch etwas sehr stark. Es gibt überhaupt kein schärferes politisches Abzeichen als das Hakenkreuz. Wer das Hakenkreuz trägt, erklärt sich als geschworener Feind der Demokratie und der Republik, als fanatischer Antisemit und glühender Monarchist. Ein republikanischer Beamter, der das Hakenkreuz trägt, ist ein Widerspruch in sich. Zwar ist die Lübeck-Büchener eine Privatbahn. Aber entweder gelten auch für sie die Erlasse des Reichsverkehrsministers — oder sie gelten nicht. Gelten sie aber, so gelten sie für alle. Dann darf kein Hakenkreuz, kein schwarz-weiß-rotes Bändchen und auch kein anderes Parteiabzeichen getragen werden. Wir empfehlen jedenfalls unseren Genossen, das S.-P.-D.-Abzeichen so lange zu tragen, bis sich auch die „höheren Herren“ von ihrem „Schmuck“ getrennt haben. Dann können sie ja ein einfaches schwarz-rot-goldenes Bändchen oder Fähnchen an die Stelle treten lassen. Dies ist immer und unter allen Umständen erlaubt. Von einer pflichtbewußten Beamtenschaft müßten die Farben der deutschen Republik sogar besonders gepflegt und geachtet werden!

Fahrpreiserhöhung der Lübecker Straßenbahn. In der gestrigen Nummer unseres Blattes veröffentlichen die städtischen Betriebe die neuen Straßenbahnfahrpreise ab 20. ds. Mts. Die Erhöhungen sind hervorgerufen durch die fortlaufende Steigerung aller Betriebsunkosten insbesondere der Kohlenpreise.

Die Einzelfahrpreise belaufen sich bis zu 2 Zonen auf 2500 Mark, für 3 und 4 Zonen auf 3000 Mark, für 5 und mehr Zonen auf 4000 Mark.

Der Hochseefischereibetrieb. Am gestrigen Tage hat das Reichsarbeitsministerium erneut den Versuch gemacht, den Hochseefischerstreik, der jetzt bald über vier Monate dauert, beizulegen. Schon vier Einigungsversuche sind bis jetzt infolge des hartnäckig geführten Kampfes gescheitert. Da sich die Situation bis zur Stunde nicht geändert hat, will das Reichsarbeitsministerium mit einem völlig neuen Einigungsvorschlag an die streitenden Parteien herantreten. Bekanntlich hatten sich die Hochseefischer dagegen gewehrt, daß vom Netto-Auktionserlös die Berechnung der Prozente für den Kapitän 20 Prozent und für die anderen Mitglieder der Besatzung 10 Prozent zur Deckung der außerordentlichen Unkosten für die Verwendung englischer Kohlen abgezogen werden sollten. Deshalb wird bei den Verhandlungen neben der allgemeinen Lohnregelung u. a. abermals der Versuch gemacht werden, mehr deutsche Kohlen für die Hochseefischer zu beschaffen, wenn durch die Eisenbahnen nicht noch mehr als bisher auf englische Kohlen beschränkt werden.

Badeanstalt Falkendamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 23 Grad, die Luftwärme 17 Grad.

An die Metallarbeiter Lübecks!

Am Sonntag, dem 22. Juli, findet die Wahl zum Verbandstag in Kassel statt. Da werdet ihr darüber zu entscheiden haben, ob die bisherige gewerkschaftliche Taktik beibehalten werden soll oder ob die größte Organisation Deutschlands unter das Diktat einer politischen Partei, der KPD. gestellt werden soll, **das darf unter keinen Umständen geschehen**, wenn nicht das letzte Bollwerk, welches die Arbeiterschaft heute noch vor der vollständigen Verelendung bewahrt, die Gewerkschaft auch noch zertrümmert werden soll. Daß diese Folge notwendigerweise eintreten muß, falls es der KPD. gelingen sollte, die Mehrheit auf dem Verbandstage zu erzielen, geht am besten aus dem Beschluß hervor, der auf dem letzten KPD.-Parteitag gegen eine Stimme angenommen ist. Derselbe lautet:

1. Die Mitglieder sind **verpflichtet sich ihrer revolutionären Gewerkschaftsopposition anzuschließen.**
2. Die von der Opposition erhobenen **Beiträge sind für die Mitglieder der KPD. obligatorisch.**
3. Die Zugehörigkeit und Beitragsleistung zur Gewerkschaftsopposition ist von den **örtlichen Parteiorganen ständig zu kontrollieren.**

Bezeichnend ist, daß einer der Hauptbefürworter dieses Antrages, P. Weiher-Berlin, ein bekannter Führer der Union ist. Einer Organisation, die im Kampfe, in der Zerstörungswut gegen die Gewerkschaften alle anderen Organisationen übertrifft. Wenn dieser Beschluß durchgeführt wird, so bedeutet er nichts anderes als die Bildung einer vollständigen Organisation im Rahmen des Verbandes mit eigenem Vorstand und eigenen Beiträgen. Kein vernünftiger Mensch kann glauben, daß die Gewerkschaften sich so etwas gefallen lassen können, weil hierdurch notwendigerweise die Auflösung der Organisation herbeigeführt wird. Es ist daher Pflicht eines jeden Metallarbeiters, sich mit allen Mitteln gegen die Zerstörungsarbeit zu wehren. In der Kommunistischen Presse wird systematisch das Vertrauen zu den Führern untergraben, indem man den Kollegen vorredet, daß die Gewerkschaftsbureaukratie die Arbeiterschaft verraten habe, Mit den Unternehmern paktiere usw. Wenn in dieser schmutzigen Weise gegen die Kollegen, die durch das Vertrauen der Mehrheit auf ihren Posten gestellt sind, gewirkt wird, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft irre werden muß. Sind diese Vorwürfe nun wirklich berechtigt? Nein! Wahr ist vielmehr, daß die viel geschmähten Führer sich täglich mit ihrer ganzen Kraft bemühen, die wirtschaftliche Lage ihrer Kollegen zu verbessern. Wenn es trotzdem nicht gelingt, wesentliche Vorteile herauszuholen, so liegt das eben an den wirtschaftlichen Verhältnissen, an den Folgen des verlorenen Krieges, unter denen wir alle zu leiden haben. Es wäre vielleicht die Frage zu prüfen, ob durch einen Kampf auf breiter Basis, der ja von den Kollegen der KPD. immer propagiert wird, mehr zu erreichen gewesen wäre. Wer objektiv ist, wird zugeben müssen, daß dies nicht der Fall ist. Wenn es so wäre, würden die großen Kämpfe, die in den letzten Jahren geführt sind, zweifellos andere Erfolge gezeitigt haben. Würde man jede Lohnbewegung zu einer großen Aktion ausbauen, so käme die Arbeiterschaft aus dem Streiken unter den heutigen Verhältnissen, wo jede Woche eine neue Lohnregelung vorgenommen werden muß, überhaupt nicht mehr heraus und die Mitglieder hätten den größten Schaden davon. Wenn man mit Phrasen, Resolutionen und Beschimpfungen von Organisationsvertretern die wirtschaftliche Notlage beseitigen könnte, dann hätte sich das radikale Maulheldentum die größten Verdienste um die deutsche Arbeiterschaft erworben. Leider ist mit diesen untauglichen Mitteln noch keinem einzigen zu einem besseren Wohlstand, wohl aber Tausenden zu Gefängnis und zum Tode verholfen worden.

Möge daher jeder, der die Bedeutung der Wahl erfaßt hat und dem die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation am Herzen liegt, am Sonntag zur Wahl gehen und seine Stimme abgeben für die **Liste Löwigt-Knapp.**

Erweiterte Kleinrentnerfürsorge.

Das Wohlfahrtsamt schreibt uns:

Durch das Reichsgesetz über Kleinrentnerfürsorge vom 4. Februar 1923 hat die Kleinrentnerfürsorge des Wohlfahrtsamtes eine gesetzliche Grundlage erhalten, und es ist gleichzeitig der Kreis der Unterstützungsberechtigten wesentlich erweitert worden. Während man vorher als Kleinrentner nur Personen betrachten konnte, die sich mindestens ein Zins- oder Renteneinkommen von 300 Mk. im Jahre gesichert hatten, so gelten jetzt als fürsorgeberechtigte Kleinrentner alle alten oder erwerbsunfähigen Personen, die infolge eigener oder fremder Vorsorge ohne die eingetretene Geldentwertung oder ohne sonstige Kriegsfolgen nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären. Ausgenommen sind demnach von der Kleinrentnerfürsorge nur noch Personen, die sich noch selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können oder die nicht als bedürftig anzusehen sind, weil sie wohlhabende Angehörige haben, die rechtlich oder sittlich zur Unterhaltsgewährung verpflichtet sind. Außerdem scheiden aus Personen, die infolge eigenen groben Verschuldens fürsorgebedürftig geworden sind sowie diejenigen die auf Grund sonstiger reichsgesetzlicher Bestimmungen bereits eine gleichwertige Unterstützung erhalten oder erhalten können. Danach sind als Kleinrentner unterstützungsberechtigt auch die sogenannten Rentenlosen, d. h. alle die Personen, die zwar keine Ersparnisse haben sammeln können, aber doch ihr Leben lang gearbeitet haben und ohne den Krieg und die Geldentwertung nicht genötigt gewesen wären, Unterstützung anzunehmen, weil sie hoffen durften, daß sie auf Grund von Zuwendungen von Angehörigen und dergleichen für ihren Lebensabend gesichert wären. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Versorgung vor Kriegsende schon sichergestellt war oder ob die Geldentwertung dazwischen gekommen ist, und es jetzt infolgedessen zu der Sicherstellung nicht mehr gekommen ist. Dagegen können in die Fürsorge nicht alle die Personen aufgenommen werden, die im allgemeinen noch im rüstigen Lebensalter stehen und vorübergehend durch Krankheit am Erwerbe verhindert sind, auch wenn das Krankengeld zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht ausreicht. Ebenso scheiden die Personen aus, die Rente und Zusatzunterstützung auf Grund ihrer Invaliden- und Altersversicherung beziehen, ferner die Erwerbslosen, die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen usw., weil diese Kreise anderwärts in gleicher Höhe wie die Kleinrentner unterstützt werden. Wer bereits Armenunterstützung in Anspruch genommen hat, wird in der Regel in der Fürsorge der Armenbehörde bleiben müssen, es sei denn, daß die Grundsätze, die oben für die Erweiterung der Kleinrentnerfürsorge entwickelt sind, auf ihn zutreffen und er nur deshalb die Armenpflege aufgesucht hat, weil das Gesetz noch nicht erlassen war oder er davon keine Kenntnis gehabt hat. Die Anträge auf Aufnahme in die Kleinrentnerfürsorge sind in der Sprechstunde der Bezirksfürsorge in dem zuständigen Schulgebäude zu stellen.

Die Welt der Kühlhallen.

Die Erzeugung künstlicher Kälte ist in diesen Tagen der großen Hitze zur Erhaltung der Nahrungsmittel besonders notwendig, aber die künstliche Kälte spielt in unserm Leben eine noch viel größere Rolle, und viele Dinge, von denen wir es nicht ahnen, werden ihrer erhaltenden Kraft unterworfen. Die Kälteindustrie hat in den modernen Ländern einen erstaunlichen Umfang angenommen. In England z. B. gibt es Kühlhallen, die einen Raum von mehr als 20 Millionen Kubikfuß umfassen; in London werden jährlich 200 Millionen Eier durch Kälte frisch erhalten, während die Menge des auf diese Weise konservierten Fleisches mehr als 100 000 Tonnen beträgt. Gegen 100 verschiedene Industrien hängen in mehr oder weniger hohem Maße von der Verwendung künstlicher Kälte ab, und viele Tausende von Händen sind in diesem Gewerbe beschäftigt. In Amerika dienen die Kühlhallen nicht nur dazu, um Nahrungsmittel für lange Zeit frisch zu halten, sondern es werden aus ihnen auch kalte Luftströme nach den Hotels, Restaurants und Theatern geleitet, um einer größeren Anzahl von Menschen Erfrischung und Kühlung zuzuwehen. Man geht jetzt damit um, auch Privathäusern die Segnungen künstlicher Kälte zugänglich zu machen und eine Ventilation einzurichten, die frische Luft bringt, auch wenn die Fenster geschlossen sind.

Diese riesige Welt der Kühlhallen ist ein merkwürdiges Reich. Die Waren müssen sehr sorgfältig behandelt werden. So muß man z. B. Eier und Zitronen in verschiedenen Gebäuden aufbewahren; es genügt nicht, sie in besonderen Räumen zu lagern, da die Zitronen den Geschmack der Eier beeinflussen, selbst wenn sie durch eine dicke Mauer getrennt sind. Bananen und Butter müssen ebenfalls getrennt sein, dagegen sind Zwiebeln verhältnismäßig harmlos; sie beeinflussen andere Nahrungsmittel nur, wenn sie gedrückt oder zerschnitten sind. Fisch muß in eigenen Gebäuden für sich lagern. Riesige Mengen von Süßigkeiten werden jedes Jahr in den Kühlhallen aufbewahrt. Eine merkwürdige Ware, die ein Besucher in einem englischen Kühlraum fand, war eine große Menge tierischer Schilddrüsen, die für Heilzwecke verwendet werden. Eine andere kuriose Ware bildeten eine Anzahl Schlangen, die von einem Menageriebesitzer auf Lager gegeben waren, um sie gesund zu erhalten, bis er sie wieder für seine Schauzwecke braucht. Interessante Versuche wurden mit Getreidesamen in Kühlhallen angestellt. Indem an den Samen lange Zeit niedrigen Temperaturen aussetzt, hofft man ihn der Kälte anzupassen, so daß er auch dem härtesten Winter widerstehen kann. Selbst als Sanatorium dienen Kühlhallen. Man hat in neuester Zeit Heuschnupfenkranke hierhergebracht, die ein zeitlang in den gefährlichen Sommermonaten zwei Stunden täglich in der Kälte sitzen und dadurch in ihrem Leiden außerordentlich gebessert wurden. Die Mauern der Kühlhäuser sind ganz besonders gebaut, um die kalte Luft festzuhalten, die von den Maschinen erzeugt wird; sie werden mit Stoffen belegt, die keine Hitze leiten.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Korrespondenzblatt abholen.

Hansatheater. Heute, Donnerstag, sowie morgen, Freitag, 8 Uhr: nochmalige Aufführungen von dem tollen Schwank „Die Hamburger Filiale“.

*

Schönböcken. Am Montag, dem 16. Juli, hielt die sozialdemokratische Ortsgruppe im „Landhaus“ ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. In ausführlicher Weise behandelte Genosse Joh. Denker-Lübeck die gegenwärtige politische Lage und versuchte im besonderen seinen aufmerksamen Zuhörern die Ursachen der ungeheuren Teuerung klarzulegen. Am Schlusse seiner Ausführungen deutete Redner auf die große Gefahr hin, welche heute zweifellos mehr denn je, wie aus den mannigfachen Machenschaften der rechtsstehenden Parteien ersichtlich sei, unserer freiheitlichen Republik drohe. Er richtete an die Anwesenden die dringende Mahnung, auch ihrerseits durch eine straffe Organisation dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiterschaft zu jeder Zeit gerüstet sei. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten gab der Vorsitzende, Gen. Schnoor, den Beschluß der letzten Parteiversammlung in Lübeck bekannt: für Monat Juli soll ein Sonderbeitrag von 1000 Mark zur Erhebung gelangen. Dieser Beschluß wurde einstimmig gutgeheißen.

Angrenzende Gebiete.

Ratzeburg. Wenig Freude bereitete einem hiesigen Einwohner der Wohnungswechsel. Kaum war er in seinem in der Töpferstraße belegenen neuen Heim angelangt, als er eine unangenehme Entdeckung machte. Der gesamte Wintervorrat an Fleischwaren: zwei Speckseiten und ein Schinken, war ihm gestohlen worden.

Hamburg. Streik der Kutscher. Wegen Lohndifferenzen sind hier die Kutscher in den Streik getreten. Da sich auch die Müllkutscher angeschlossen haben, unterbleibt sogar das Abfahren des Hausunrates.

Kiel. Landarbeiterstreik in Schleswig-Holstein. Wie uns von beteiligter Seite mitgeteilt wird, ist eine Einigung nicht erzielt worden. Der Streik geht also weiter.

Kiel. Die neuen Landarbeiterlöhne. Die neuen Landarbeiterlöhne für Schleswig-Holstein und Lübeck, die sofort in Kraft treten, sind folgende:

Deputatisten stündlich	statt 250 Mark nunmehr	1640 Mark
ständige Freiarbeiter	statt 1750 Mark nunmehr	8100 Mark
unständige Freiarbeiter	statt 2000 Mark nunmehr	9000 Mark
Frauen	statt 625 Mark nunmehr	3000 Mark
Melkfrauen täglich	statt 2500 Mark nunmehr	12000 Mark

Unverheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten vom Jahreslohn einen 100prozentigen Aufschlag, Wochenlöhner 1600 Mark für die Stunde, Gutshandwerker einen Stundenzuschlag von 1000 Mark und Pferdepfleger eine Zulage von 1640 Mark täglich.

Oldenburg. Die neue oldenburgische Regierung. Nachdem die Versuche zu einer Regierungsbildung mißglückt waren, kam es Mittwoch nachmittag bei der Abstimmung zu einer Wiederwahl des Beamtenministeriums von Fingh mit den Ministern Weber und Stein.

Stettin. Ermordet aufgefunden wurde am Montagvormittag die Witwe Thekla Schiek, Inhaberin eines Goldwarengeschäfts in der Mönchenstraße. Der Kopf wies zahlreiche Wunden auf, die von einem harten Gegenstand herzurühren scheinen. Der Mord ist anscheinend schon am Sonnabend abend gegen 6 Uhr verübt worden, als die Geschäftsinhaberin die Jalousien vom Schaufenster heruntergelassen hatte. Man fand am Montag die Hintertüren offen, durch die, wie am Sonnabend abend beobachtet

worden war, zwei junge Leute im blauen Anzug das Geschäft verlassen hatten; man vermutet in diesen beiden die Täter. Die Frau war allein in ihrem Geschäft, da sich ihre einzige Angestellte auf Urlaub befand, was den Tätern bekannt gewesen sein muß. Was geraubt ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Nach der ersten Durchsicht ergab sich aber, daß die wertvollsten Sachen fehlen.

Arbeiterschicksal.

Man schreibt dem „Vorwärts“:

Wer als Fürsorgerin auf seinen Berufsgängen in die Häuser der Hilfsbedürftigen kommt, sieht oft Elend, das weit über das Maß des Ertragens geht. Am traurigsten aber ist es, solchen Menschen nicht helfen zu können, denen oft durch ein Weniges noch Lebensmöglichkeiten zu geben wären.

Da ist ein alter Zigarrenmacher, ein geistig reger Mann, der gern sich und seine Frau mit eigener Arbeit durch die letzten Lebensjahre bringen möchte. Er hat, als vor zwei Jahrzehnten in seinem Gewerbe ein großer Stillstand eintrat, einen Posten als Omnibuskutscher angenommen. Dabei hat er sich, der nur an Arbeit in geschützten Räumen gewöhnt war, ein schweres Leiden zugezogen, das im Laufe der Jahre zu einer Lähmung der Beine geführt hat. Heilbehandlung durch die Kasse, Kuren und Bäder halfen immer Erfolg. Aber verdoppelte Arbeitsleistungen, um den durch diese Zeit verlorenen Dienst auszugleichen, führten zu bösen Rückfällen. Jetzt arbeiten Mann und Frau seit Jahren als Zigarrenheimarbeiter. Die Kinder sind verheiratet und unterstützen die Eltern, soweit es irgend geht. Aber der Mann ist bewegungsunfähig geworden, seit drei Jahren ist er nicht mehr aus der Wohnung gekommen, und die allmählich schwächlich gewordene Frau muß nicht nur mitarbeiten, sondern muß dem gelähmten Mann bei seiner Arbeit sämtliche Zureichungen machen und alle Gänge besorgen. Es ist ihm jetzt in Aussicht gestellt worden, daß er eine Badekur in Oeynhausen machen kann, die ihm persönlich keine Kosten verursachen würde. Er hätte dadurch die Möglichkeit, wieder für ein paar Jahre leistungsfähig zu werden und für sich und die Frau ohne Inanspruchnahme fremder Hilfe zu sorgen. Er kann diese Hilfe aber nur annehmen, wenn ihm leihweise ein Krankenfahrstuhl (nicht Selbstfahrer) zur Verfügung gestellt wird und wenn freundliche Menschen mit dazu beitragen, daß seine Frau mitfahren kann; ohne sie wäre er, auch wenn er seinen Fahrstuhl hat, doch hilflos.

Genossenschaften.

Gewerbesteuerfreiheit der Konsumvereine. Der Freistaat Anhalt hat in den letzten Monaten hinsichtlich seiner Steuerpolitik die Aufmerksamkeit der Länder wie des Reiches vielfach auf sich gezogen. Seine mit dem Roggenpreise Schritt haltende und nach dem gemeinen Wert bemessene Grundwertsteuer wäre glänzend geeignet gewesen, die guten Finanzen des Landes dauernd zu sichern. Der Reichsfinanzminister hat aber auf die Höhe der Steuer abschwächend eingewirkt, zum Schaden der arbeitenden Steuerzahler. Dann nun mußte die Gewerbesteuer, die in Anhalt die Landwirte seit der Revolution freilich ebenfalls zu zahlen haben, wieder mehr angespannt werden. Da entstand nun im Landtag ein Streit um ihre Höhe und um die Begrenzung der Gewerbeeinkommen, von denen sie erhoben werden solle. Die um die volle Auswirkung der Grundwertsteuer der Grundbesitzer gebrachte Linke erklärte nun, es bleibe nichts anderes übrig, als die Gewerbesteuer stärker anzuspannen. Die Rechtsparteien wollten die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Landwirte schonen. Die Sozialdemokratie aber forderte Steuerfreiheit der Konsumvereine und ähnlich arbeitender Genossenschaften. In diesem Widerstreit kam ein Kompromiß zustande, indem die Rechte die Steuerfreiheit der Genossenschaften gegenüber der Gewerbesteuer zugestand, während die Gewerbesteuer für die Gewerbeeinkommen von 150 000 Mark bis 720 000 Mark (des Vorjahres) mit einer Skala von 0,2 vom Hundert bis 2 vom Hundert einstimmig angenommen wurde. Die Mehrheit des Anhaltischen Landtags hätte die Gewerbesteuerfreiheit der Konsumvereine unter allen Umständen beschlossen, aber lieber war es ihr doch, daß sie ohne Widerspruch einer Partei durchging. So hat die Grundwertsteuer in Anhalt auch als Vorspann für die Gewerbesteuerfreiheit der Konsumvereine gedient.

Gewerkschaften.

Massenflucht aus den Gewerkschaften Rußlands. Das russische Gewerkschaftsorgan „Trud“ berichtet in einer seiner letzten Nummern über den Rückgang der gewerkschaftlichen Organisationen Rußlands. Es zählten Mitglieder die Verbände der

	1921	1922	Rückgang im Jahre 1922
Bergarbeiter	321 598	260 932	60 666
Metallarbeiter	587 850	459 654	128 196
Textilarbeiter	423 100	380 758	42 342
Chemische Arbeiter	182 933	139 814	43 119
Eisenbahner	1 127 749	769 694	357 785
Buchdrucker	93 871	55 523	38 384

Danach haben allein nur diese sechs Verbände 670 456, also fast ein Viertel ihrer Mitglieder im Laufe eines Jahres verloren! Einen ähnlich starken Rückgang weisen, wie das kommunistische Sowjetblatt bemerkt, auch die anderen russischen Gewerkschaften aus.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

Leo Perutz, der Meister des jüngsten Tages. Von abenteuerlicher Art ist der Nachlaßroman des Freiherrn von Posch, eines gefallenen österreichischen Rittmeisters, den Leo Perutz soeben in glänzender Bearbeitung bei Albert Langen in München erscheinen ließ. Hier wird den Lesern ein modernes Inferno vorgelegt. Eine wahre Selbstmordepidemie von Künstlern und Aestheten, die auf einen monströsen mittelalterlichen florentinischen Zauberfolianten zurückgeführt wird. In Wirklichkeit hat der ursprüngliche Verfasser — nach den Schlußbemerkungen des Herausgebers — eine Rolle in der Liebes- und Selbstmordaffäre des Wiener Hofschauspielers Bischoff gespielt. In dem Manuskript versucht er eine Schuldloserklärung auf eine Weise, die von den Kriminalisten das „Spiel mit Indizien“ genannt wird. Ein russischer Ingenieur, der im japanischen Kriege die gelben Soldaten zu Tausenden mittels Elektrizität getötet hat, ein slawischer Arzt, der die Gelehrsamkeit selbst ist, ein italienisch-österreichischer Mäcen, mondäne Damen und der Autor selbst als der scharfsinnigste von allen, sind trotz phantastischer Entgleisungen glänzend gezeichnet. Feinste Seelenanalyse der Geistesautokratie ist durch die Erzählung geflochten. Daneben sind auch musikalische und Detektiv-Exkursionen, Memphiszigaretten und Brownings nicht vergessen. Der Herausgeber hat seinen zahlreichen früheren Arbeiten ein neues aufsehenerregendes Werk hinzugefügt. wb.

Allerlei Wissenswertes.

Neugierige Tiere. Die Neugier ist kein Privileg des Menschengeschlechts: auch Tiere sind neugierig. Jeder weiß, daß z. B. die Ziegen ihre Neugier oft bis zur Frechheit treiben. Wenn die Jäger, die sonst so scheuen Gemsen in einen Hinterhalt locken wollen, brauchen sie nur einen für die Gemsen ungewöhnlichen Gegenstand auf einen Felsvorsprung zu legen, z. B. ein weißes Taschentuch; trotz ihres großen Mißtrauens kann die Gemse der Versuchung, sich das Ungewohnte anzusehen, nicht widerstehen; sie nähert sich, prüft den Gegenstand und kommt so in Schußweite. Die Affen und Hunde interessieren sich lebhaft für alles Neue. Ein Naturforscher erzählte, daß sich ihm einmal in Afrika, als er eine Skizze in sein Album zeichnete, mehrere Affen näherten und das Maul vorstreckten, um genau zu sehen, was da los wäre, er jagte sie mit dem Stock davon, aber sie kamen immer wieder zurück. Der Pariser Psychologe Laborde erwähnt einen merkwürdigen Fall bei einem Kaninchen, das ihm treu ergeben war wie ein Hündchen, und ihm in sein Laboratorium oft auf die Schultern sprang, um ins Mikroskop zu schauen. Dieses wunderbare Kaninchen war außerdem noch sehr mutig und nahm im Laboratorium den Kampf sogar mit großen Hunden auf. Wenn man die Neugier der Tiere erregen will, braucht man diese nur vor einen großen Spiegel zu stellen; sie glauben in dem Spiegelbild einen lebendigen Artgenossen zu erkennen und springen wie toll um das Glas, um sich dem anderen Tiere zu nähern; nur die Affen erkennen schließlich, daß es sich um ein Bild handelt. Als ein Hund, der die schlechte Gewohnheit hatte, die Schafe zu verfolgen und anzubellen, einmal gemalte Schafe sah, begann er gegen das Bild hin laut zu bellen und schien sich gar nicht beruhigen zu können. In einem badischen Städtchen erregte eine Gans durch ihre Neugier nicht geringes Interesse; sobald der Gemeindediener auf dem Marktplatz erschien, um eine Verfügung des Magistrats zu verkünden, trennte sich die Gans von den anderen Gänsen und hörte mit offenem Schnabel und offenbar recht verständnisvoll die Proklamation des Herrn Bürgermeisters mit an; die Sache interessierte sie immer so, daß sie dem Gemeindediener durch das ganze Städtchen folgte, um auch nicht eine einzige Vorlesung zu versäumen.

Im Auto zum Jupiter Ammon. In der Sahara befindet sich eine von altersher berühmte Oase mit Namen „Siwa“, die am nördlichen Rand der großen Wüste liegt, etwa 400 Meilen westlich vom Nil, die Kultusstätte des Jupiter Ammon mit einem berühmten Orakel. Ihre im wahren Sinne des Wortes unwegsame Lage schützte sie vor dem Globetrotter und seinen Begleiterscheinungen, doch scheint auch ihr Schicksal nun besiegelt, denn der Wüsten-Touren-Klub in Aegypten hat es fertig gebracht, in einer zweitägigen Spritztour dieses Juwel der Wüste ohne jede Fährlichkeit zu erreichen. Wie die Zeitschrift „Discovery“ berichtet, fuhr man in drei Automobilen mit einem Petrolvorrat für eine Fahrt von 1000 engl. Meilen von Alexandria ab und erreichte, der Küste folgend, Mersa Matruh am ersten Tage, am zweiten durchfuhr man die offene Wüste und kam gegen Abend in Siwa an. Eine mit Felsenstücken besäte Landschaft bot an diesem zweiten Tage bedeutende Schwierigkeiten, doch wurde sie von Schlammflächen abgelöst, auf denen man dauernd mit einer Geschwindigkeit von 40 Meilen pro Stunde vorankam. Nur einmal hatte man einen Aufenthalt von 10 Minuten wegen eines Defekts. Die Oase, 30 Meilen lang und 6 Meilen breit, liegt 72 Fuß unterm Meeresspiegel und hat 200 Quellen oder Brunnen, die den 3000 bis 4000 Einwohnern eine vorzügliche Dattel- und Olivenernte ermöglichen. Wissenschaftliche Ergebnisse scheint der Ausflug wegen der Kürze des Aufenthalts nicht gezeitigt zu haben.

Nachträgliche Quittung über die Sammlung für die Erwerbslosen.

Von Th. Bedder . . . . . Mk. 67 500.—

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Leber. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil

Für die Dauer der Abwesenheit des Bürgermeisters **D. Dr. Neumann** hat Senator **Löwigt** den Vorsitz im Senate übernommen. (4289

Senator **Dimpker** hat den Vorsitz in der Behörde für die Seefahrtschule wieder übernommen. (4290

Am 20. Juli 1923, vorm. 11½ Uhr, wird der Kapitän **Schier** vom Dampfschiffe „Ruth“ wegen seiner Reise von Dunkirchen auf hier im Gerichtshause, Zimmer 8, Verklarung ablegen. (4330

Amtsgericht Lübeck.

Neue Umsatzsteuervorschriften für Vieh-, Pferde- und Juwelen-Händler

Seit 1. Juli 1923 gelten nachstehende Vorschriften:

I. **Vieh- und Pferdehändler,** die ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung oder außerhalb ihrer gewerblichen Niederlassung an öffentlichen Orten Vieh- oder Pferdehandel treiben, sind von der Verpflichtung zur Führung eines Steuerheftes und zur Leistung einer Anzahlung nur noch befreit:

a) wenn sie Mitglieder des Reichsverbandes Deutscher Pferdehändler in Berlin NW., Luisenstraße 39 oder Mitglieder des Bundes der Viehhändler Deutschlands in Berlin SW. 68, Kochstr. 6 sind und eine von diesen Verbänden ausgestellte Ausweiskarte besitzen, daß sie von der Pflicht zur Führung des Steuerheftes befreit sind.

b) wenn sie, ohne Mitglieder der erwähnten Verbände zu sein, außerhalb ihrer gewerblichen Niederlassung **jedoch innerhalb des Gemeindebezirkes** derselben Handel treiben und Bücher nach kaufmännischen Grundsätzen oder Aufzeichnungen nach den §§ 58 ff. Ausführungsbestimmungen führen. Hierüber erteilt ihnen das Finanzamt eine Bescheinigung.

II. **Juwelenhändler,** die ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung oder außerhalb ihrer gewerblichen Niederlassung mit Edelmetallen, Gegenständen des Juweliergewerbes oder der Gold- und Silberschmiedekunst, Edelsteinen, Perlen (§ 21, Nr. 1 Umsatzsteuergesetz) Handel treiben, haben ein Juwelensteuerheft zu führen und bei der Lösung desselben eine Anzahlung von 500 000 Mark zu leisten.

Befreit von dieser Verpflichtung sind nur die Mitglieder

des Arbeitgeberverbands für die Gold-, Silberwaren- und Uhrenindustrie in Pforzheim,
des Verbandes der Großisten des Edelmetallgewerbes, Berlin C, Wallstraße 15,
des Uhrengroßhandelsverbandes, Leipzig-Brühl,
des Reichsverbandes Deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede, Berlin W 57, Kurfürstenstraße 21—22,
des Zentralverbandes deutscher Uhrmacher, Halle, Mühlenweg 19,
der Fachgruppe Juwelengroßhandel im Zentralverband des deutschen Großhandels, Frankfurt a. M., Taunusstraße.

Die Verbände erteilen eine Bescheinigung über die Befreiung.

Es ergeht hiermit die Aufforderung an alle Steuerpflichtigen, die unter die vorstehenden Vorschriften fallen und nicht einem der genannten Verbände angehören, bis zum 31. Juli 1923 im Finanzamt Lübeck eine Anzahlung zu leisten und gegen Erstattung der Selbstkosten ein Steuerheft zu lösen.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Reichsabgabenordnung und des Umsatzsteuergesetzes bestraft.

Lübeck, den 16. Juli 1923 (4327

Das Finanzamt.

Neue Umsatzsteuervorschriften für reine Zwischenhändler

(§ 7 Umsatzsteuergesetz).

Vom 1. Juli 1923 haben Unternehmer, die Steuerfreiheit nach § 7 des Umsatzsteuergesetzes in Anspruch nehmen und kaufmännische Bücher nicht führen, Entgelte, die sie für die nach § 7 des Gesetzes umsatzsteuerfreien Lieferungen vereinnahmen, **getrennt** von den Entgelten für sonstige Leistungen zu buchen. Als Anleitung für die Buchungen dient ein Muster, welches beim Finanzamt eingesehen werden kann.

Für Unternehmer, die kaufmännische Bücher führen, ist es ausreichend, wenn sich aus ihren Büchern ohne weiteres (z. B. durch Unterstreichen mit roter Tinte oder entsprechenden Zusatz) ergibt, für welche Entgelte Umsatzsteuerfreiheit nach § 7 des Gesetzes beansprucht wird.

Verfehlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen haben die Umsatzsteuerpflicht beim Zwischenhandel zur Folge.

Lübeck, den 16. Juli 1923. (4328

Das Finanzamt.

Fischereiverpachtung.

Am Freitag, dem 27. Juli d. Js. soll die Nutzung der Fischerei auf dem Wesloer Moor vom 1. Oktober d. Js. ab auf 10 Jahre gegen Roggenpacht an Ort und Stelle verpachtet werden. Versammlung der Pachtliebhaber 10 Uhr beim Fischhaus Wesloe. Pachtbedingungen liegen im Büro der Finanzbehörde — Zimmer 6 — aus.

Lübeck, den 18. Juli 1923.

4319) **Die Finanzbehörde.**

Nichtamtlicher Teil

Großer Kinderwagen, Schirm defekt, zu verk. 4286) Fischstraße 25, I.

Eine Bettstelle und ein Sofa billig zu verk. 4311) Engelswisch 33/11.

Karl Dieckelmann
Helene Dieckelmann
geb. Elzholz
Vermählte.
Lübeck, den 12. Juli 23.
NB. Für erwiesene Aufmerksamkeiten herzlichen Dank. (4292

Am Sonntag, dem 15. Juli 1923, verstarb durch Ertrinken beim Baden unser Arbeitskollege, der Schlosser (4299

Friedrich Meyer

aus Dummersdorf (Heimstätten).

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Arbeiterschaft der Firma Hochofenwerk Lübeck, A.-G. Herrenwyk.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Nachruf.

Infolge Unglücksfalles verstarb am 15. Juli 1923 der Kollege (4303

Friedrich Meyer,
Maschinist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung

Für erwiesene herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unser kleinen Liebling Helga herzlichen Dank. (4321

Otto Krohmann, und Familie.
Lübeck, Geniemstr. 51, p.

Danksagung. (4284 Für die rege Anteilnahme u. reich. Kranzspend. beim Hinscheid. unserer lieben Entschlafenen, sowie dem Herrn Pastor Brandenburg für die trostr. Worte sagen wir uns. herzl. Dank

Familie **Schöning.**

Suche per sofort oder zum 1. August ein tüchtiges, ehrliches und zuverlässiges (4314

Hausmädchen

in angenehme dauernde Stellung b. hohem Lohn.

Frau C. Katz,
Marlesgrube 48.

Junge Frau sucht Waschstellen. Ang. unt. **G 55** an die Exp. (4313

Zeitungsausträgerin
für Schwartau u. Landwehr.

Zu melden bei **Giese,** Pariner Straße 30. (4023

Mehrere Frauen zum Zeitungsaustragen gesucht geg. gute Bezahlung für Bezirk Vorwerk-Trems und Kücknitz, Siems, Herrenwyk.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten,
Johannisstraße 46.

Junge Schneiderin sucht Beschäftigung in und außer dem Hause. Billig. Ang. unter **G 53** an die Expedition. (4287

Zimmer an alleinsteh. Frau gegen Hilfeleistung abzugeben. Zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes. (4310

Welcher Rentner(in) gibt jungem Ehepaar 1—2 Zimmer. Monatlich 100 000 Mark Vergütung. Ang. u. **G 56** a. die Exped. (4315

Kl. 2-Fam.-Haus, Nähe Bahnhof gegen Haus m. Stall Nähe Lübecks zu tausch. ges. Ang. unter **G 54** an die Exp. (4294

Kl. Haus mit Garten zu kaufen gesucht. Ang. unter **G 52** an die Exp. d. Bl. (4288

Leinen-Bettlaken

u. Handtücher a. saub. Hause ges. Ang. m. Pr. u. **G 57** a. d. Exp. (4322

Verloren Brieft. m. Inh. a. d. Wege vom Hochofenwerk n. Siems am 18. 7. Bitte abzugeben geg. Bel. Siems, Oelmühle, Haus 1, II. (4298

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck
(4306

Laut Beschluß der Ortsverwaltung und Beitragsfestsetzungskommission sind die Beiträge ab Sonntag, d. 22. Juli (30. Beitragswoche) folgendermaßen festgesetzt:

1. Klasse	10 000.—	
2. „	9 000.—	
3. „	8 000.—	
4. „	7 000.—	
5. „	5 000.—	
6. „	500.—	
7. „	50.—	
8. „	20.—	

Die Ortsverwaltung.

4277 Ia. Grudekoks **Adolf Borgfeldt.**

Sie finden bei (4282
Walter Griephan & Co.
Hüxstr. 74
enorm billig:
Bettbezugstoffe, Inletts, Hemdentuche, Schürzenstoffe, Kleiderstoffe, Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

Musikhaus Jack
Musikinstrumente jeder Art.
Marktwiete 2. (4297

Nur noch einige Tage!
Tilsiter Fettkäse
4276) Pfd. Mk. **10000.**
Max Pauls, Käse-Großhandlung.